

„Besonders Haushalte mit niedrigem Einkommen sind durch Nachhilfe finanziell stark belastet.“
(Seite 10)

Gerhard Ouschan,
Bereichsleiter
AK-Bildungs-
politik



Steuerlast: Zeigen wir der Regierung die rote Karte!

Seiten 6/7



AK-Präsident Hubert Hämmerle lässt nicht locker: „Die finanzielle Entlastung der Arbeitnehmer ist seit langem überfällig!“

Aus dem Inhalt

Flexibilisierung darf nicht krank machen

AK-Präsident Hubert Hämmerle warnt vor den Folgen einer hemmungslosen Flexibilisierung der Arbeitszeit.

Seite 3

Ferialjob-Quiz: Kennst du dich aus?

Welche Rechte gelten für dich als Ferialpraktikant? Mach bis 20. Juni 2014 mit beim AK-Quiz und gewinne tolle Preise!

Seite 4

AK-Tipps zum Stromsparen



Der Energiespar-Tipp in dieser Ausgabe: Wie sich der Warmwasserverbrauch auf Ihre Brieftasche auswirkt.

Seite 5

Betrüger im Netz: Das sind ihre Maschen

Dr. Karin Hinteregger, Leiterin der AK-Konsumentenberatung, weiß wie Betrüger im Internet vorgehen und warnt vor übertriebenen Angeboten.

Seite 9

Nachhilfe belastet das Familien-Budget

735 Euro geben betroffene Haushalte durchschnittlich für außerschulische Nachhilfe aus. Viele Eltern fühlen sich dadurch stark belastet.

Seite 10

Aktivitäts- und Schlaf-Tracker gewinnen

Ihre Meinung wird belohnt: Unter allen Leserreaktionen verlost die Aktion einen Aktivitäts- und Schlaf-Tracker „The One“ von fitbit.



Seite 12

Reisetipps

Damit Ihr Urlaub kein Horrortrip wird, hat die AK Vorarlberg Reisetipps zur Planung, Vorbereitung und zum richtigen Verhalten bei auftretenden Schwierigkeiten im Urlaub zusammengestellt. In der AK-Broschüre „Reisetipps“ finden Sie alle Antworten zu den wichtigsten Fragen rund um das Thema Urlaub.



Telefon 050/258-8000,
bestellen@ak-vorarlberg.at

Tirol und Vorarlberg proben Steuerprotest

Die Präsidenten der Tiroler und der Vorarlberger Arbeiterkammer haben es endgültig satt und formieren sich zum Steuerprotest. Einem offenen Brief an den Nationalrat folgen landesweite Unterschriftenaktionen.

Hubert Hämmerle und Erwin Zangerl, die AK-Präsidenten von Vorarlberg und Tirol machen gemeinsame Sache: Sie wollen vom Westen Österreichs aus

eine breite Protestwelle gegen die exorbitanten Steuern, unter denen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer leiden, anschieben. „Wir wurden jetzt sechs Jahre lang vertröstet, wir haben es endgültig satt“, sagt Präsident Hämmerle und legt gleich noch in Richtung Regierung nach: „Ich behaupte, dass es der Regierung weniger ums Können als vielmehr ums Wollen geht. Die arbeitenden Menschen sollen für die

Finanzmisere der letzten Jahre zahlen, während die Reichen immer noch reicher werden. Das ist die wirkliche Sauerei, die dahinter steht.“

Bereits am vergangenen Wochenende haben Hämmerle und Zangerl einen offenen Brief als Appell an alle Nationalratsabgeordneten geschickt und sie aufgefordert, der Einleitung einer Volksbefragung zuzustimmen.

In den nächsten Tagen werden in Tirol und Vorarlberg landesweite Unterschriftenaktionen gestartet, um noch mehr Druck für eine umgehende Lohnsteuersenkung aufzubauen. Hämmerle: „Wir rufen alle Arbeitnehmervertreterinnen und -vertreter auf, uns dabei zu unterstützen.“

Ihr Kontakt zur AK Vorarlberg

AK-Rechtsservice
Tel. 050/258 oder
05522/306

Betriebsreferat – 1500
Info Arbeitsrecht – 2000
Insolvenzrecht – 2100
Sozialrecht – 2200
Lehrlinge/Jugend – 2300
Arbeitsrecht Feldkirch – 2500
Familie/Frauen – 2600
Konsumentenschutz – 3000
Steuerrecht – 3100
AK Bregenz – 5000
AK Dornbirn – 6000
AK Bludenz – 7000

Kommentar von AK-Direktor Rainer Keckeis: „Nichts Wissen macht offenbar auch nichts“



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die dringend notwendige Entlastung der Masse der Steuerzahler – das sind die Arbeiter und Angestellten sowie die kleinen Unternehmer – wird inzwischen auch von den selbsternannten Rettern des Bundesbudgets nicht mehr bestritten. Spannend aber sind die Rezepte, die für die Gegenfinanzierung der notwendigen Entlastung in Höhe von rund acht Milliarden Euro vorgeschlagen werden. Während die Arbeitnehmervertretungen parteiübergreifend die Mitfinanzierung durch die Vermögenden einfordern, verlangt die neoliberale Seite, dass die Arbeitnehmer die Zeche selbst zahlen. Besonders „intelligenten“

Vorschlägen, wie der Streichung der einzigen echten Steuerbegünstigung auf Arbeitnehmerseite (Weihnachts- und Urlaubsgeld) stehen den alten Klassikern „Verwaltungsreform“ oder „Bundesstaatsreform“ an Dummheit nicht nach. Nicht zu vergessen die Pensionsreform. Bei letzterer wird so getan, als wären die Bundeszuschüsse ein Gnadenbrot und nicht die Abgeltung von Leistungen für die Gesellschaft, die von der Politik als wichtig erkannt wurden. Beispielsweise die Kindererziehungszeiten, Zeiten der Pflege oder überhaupt der soziale Ausgleich für Menschen, die aufgrund von Krankheit oder Unfällen arbeitsunfähig geworden sind. Aber das alles zählt nicht, wenn es darum geht zu verhin-

„Pensionszuschüsse sind keine Almosen, sondern wirken gegen Altersarmut.“

dern, dass die Reichen einen kleinen Beitrag zur Finanzierung staatlicher Leistungen beitragen sollen. Beim Studium der diversen Vorschläge fällt eines auf: die Bundeszuschüsse zu den Pensionen werden immer nur in Summe genannt, nie auf die Versicherungsträger aufgeschlüsselt. Denn damit würde sichtbar, dass die großen Empfänger von Steuergeldern nicht die Arbeiter und Angestellten sind, sondern Bauern, Beamte und Unternehmer. Zudem werden immer nur die Bruttozuschüsse genannt und wird völlig vergessen, dass ein erklecklicher Anteil des Bundeszuschusses automatisch über die Lohnsteuer von den Pensionisten wieder zurück zum Finanzminister fließt. Die echte Be-

lastung für den Bundeshaushalt ist also weit geringer, als angegeben. Es bleibt die Frage offen: Wissen das diese Experten nicht, oder haben sie einfach vergessen auf diese „Kleinigkeit“ hinzuweisen? Immerhin macht dies einen enormen Unterschied aus. So betrug der Bundeszuschuss zu den Pensionen der Unselbstständigen im Jahr 2012 rund 4,8 Milliarden Euro. Der Rückfluss an Steuern hingegen 2,7 Milliarden Euro. Somit blieb eine Nettobelastung von 2,1 Milliarden Euro. Das ist der Preis dafür, dass Altersarmut verhindert und ein sozialer Ausgleich stattfindet – und das ist gut und richtig so!

AK-Direktor Rainer Keckeis

Impressum



Die Vorarlberger Zeitung für Arbeit und Konsumentenschutz
Herausgeber, Medieninhaber und Sitz der Redaktion: AK Vorarlberg, Widnau 2–4, 6800 Feldkirch, presse@ak-vorarlberg.at

Offenlegung gemäß § 25 Medien-gesetz: siehe www.ak-vorarlberg.at/impressum.htm

Redaktionsleitung: Dietmar Brunner, Stephanie Scherrer

Grafik: Baschnegger Ammann und Partner

Fotografie: Georg Alfare, Jürgen Gorbach, Fotolia, Land Vorarlberg, Bilderbox

Druck: Russmedia Verlag GmbH, Schwarzach

Aus Gründen der Lesbarkeit wird in der AKtion nur die männliche Form verwendet. Selbstverständlich sind Frauen und Männer gleichermaßen angesprochen.

Leserforum

„Gebrauchsanweisung wird oft nicht gelesen“

Aktion Mai 2014: Mangelndes Computerwissen der Österreicher
Das Problem vieler Menschen ist, sich Gebrauchsanweisungen und Bedienungsanleitung nicht genau durchzulesen, obwohl das für das Bedienen von Computern und auch von Elektrogeräten sehr wichtig wäre! Gute Bedienung von Computern macht auch mehr Spaß!
Meinhild Bilek, Lustenau

Kostengünstige Geräte sind sehr ungenau

Aktion März/April 2014: Energiespartipp für Waschmaschinen
In der Zwischenzeit habe ich mit dem mir leihweise von den VKW zur Verfügung gestellten Strommessgerät (Christ Elektronik, CLM 1000 Home) Messungen durchgeführt und festgestellt, dass der Stromverbrauch im Stand-by nur 0,7 Watt beträgt. Im Vergleich dazu hat meine ursprüngliche Messung mit meinem eigenen Gerät (Firma Globatronik GmbH) 11,1 Watt ergeben. Die Erfahrung von den VKW, dass die sehr kostengünstig angebotenen Geräte sehr ungenau sind, hat sich also bestätigt.
Herbert Schönherr, Klaus

„Sollten Ineffizienzen endlich abschaffen“

Aktion Mai 2014: Kalte Progression und Schieflage im Steuersystem
Österreich hat momentan die höchste

Steuerbelastung in der EU – weit vor Schweden oder Deutschland. Und es wird sich so schnell nichts ändern. Gehaltserhöhungen verpuffen angesichts ständiger neuer Steuern beziehungsweise Abgaben. Wie Josef Moser (Rechnungshofpräsident) treffend sagte: „Alle Pläne liegen am Tisch, nur der Wille fehlt.“ Leider wird auch bei der Bildung zur Zeit sehr gespart, wo doch die Zukunft eines wertbeständigen Staates liegt. Man sollte sich endlich aufraffen um Ineffizienzen und Doppelgleisigkeit abzuschaffen, für ein starkes Österreich.
Thomas Pree, Bregenz

Haben auch Sie etwas zu sagen: Wir freuen uns auf Ihre Zuschrift: leserbrief@ak-vorarlberg.at

Verlosung unter allen Einsendern

Liebe Leser, wegen der vielen Zusendungen war es uns leider nicht möglich, alle erhaltenen Beiträge zu veröffentlichen.



Den Aktivitäts- und Schlaf-Tracker „The One“ von fitbit im Wert von rund 100 Euro aus der letzten AKtion hat Meinhild Bilek aus Lustenau gewonnen.

Wir gratulieren!



Kegelturnier: VKW-Damen verteidigen Titel

Zum 27. Mal lud die AK Vorarlberg zu den Betriebsmeisterschaften im Kegeln. In diesem Jahr haben 42 Mannschaften teilgenommen. Bei den Teamwertungen konnten die VKW Damen ihren Titel vom Vorjahr erfolgreich verteidigen. Bei den Herren beziehungsweise gemischten Teams erstritten sich die V-Milch 1 (Vorarlberg Milch) den ersten Rang. In der Einzelwertung belegten bei den Damen Christine Kofler, Sonja Allgäuer und Erika Gufler die ersten drei Plätze. Bei den Herren machten Reinhold Wolf, Karl Vallant und Bert Allesch das Rennen. Die AK gratuliert den Siegern herzlich und freut sich schon auf das nächste Turnier.



„Mit reda kond d'Lüt zemma“ ist das Motto von AK-Präsident Hubert Hämmerle. Nutzen Sie die Gelegenheit und machen Sie Ihre Fragen, Anliegen und Vorschläge zum Thema.

17. Juni von 14 bis 15 Uhr unter 050/258-6800

Einladung zur
Telefon-Sprechstunde

Mit AK-Präsident Hubert Hämmerle



Stark für Sie.

www.ak-vorarlberg.at

Schüler unterschätzen Vorarlbergs Industrie

Die Industriellenvereinigung Vorarlberg (IV) und der Landesschulrat befragten 1663 Maturanten zum Wirtschaftsstandort Vorarlberg. Als sehr gut oder gut bezeichneten 73 Prozent der jungen Männer die Lage der heimischen Wirtschaft. Die Frauen sind da mit 55 Prozent eher skeptischer. Trotzdem rechnen sich 78 Prozent der Maturanten gute Chancen auf dem Arbeitsmarkt aus und 76 Prozent gaben an, in einer wirtschaftlich erfolgreichen Region zu leben. Nach wie vor haben die Schulabsolventen aber ein verzerrtes Bild über die Bedeutung der einzelnen Sektoren in Vorarlberg. So reihten sie den Tourismus an erster Stelle der Wirtschaftszweige, die das meiste Geld bringen. Mit 38,6 Prozent ist das aber tatsächlich die Industrie. Der Anteil von Gastronomie und Beherbergung liegt bei 6,8 Prozent.

Für Lockerung des Bankgeheimnisses

Die Liechtensteiner Bank LGT hat eine Studie unter vermögenden Österreichern und Schweizern durchgeführt. Die Mehrheit der 101 befragten Österreicher sprach sich für eine Lockerung des Bankgeheimnisses aus – sofern es eine „faire Lösung für un versteuerte Vermögen“ gäbe. Bei den Schweizern sind 56 Prozent gegen eine Lockerung des Bankgeheimnisses für Inländer. Die moralische Kritik am Bankgeheimnis sahen nur 34 Prozent der Österreicher (43 Prozent der Schweizer) als gerechtfertigt an. Als „vermögend“ galten in der Studie Personen, mit mehr als 500.000 Euro beziehungsweise 900.000 Franken frei verfügbarem Anlagevermögen.



HADERER in AKtion

www.onlinemoff.at



Der Druck am Arbeitsplatz nimmt ständig zu, das belegen unzählige Expertisen und Untersuchungen. Weitere Arbeitszeitflexibilisierung darf nicht auf Kosten der Beschäftigten gehen.

Den Druck abbauen: „Arbeit darf nicht krank machen!“

Wie Phoenix aus der Asche: Forderungen und Vorschläge für zusätzliche Arbeitszeitflexibilisierung kommen in unschöner Regelmäßigkeit. Dass der „12-Stunden-Arbeitstag“ vorerst auf Eis gelegt ist, liegt auch am Widerstand der Arbeiterkammer.

Bei der jüngsten Vollversammlung der AK Vorarlberg im Mai hatten sich alle Kammerräte einhellig in einem gemeinsamen Antrag für die Beibehal-

Ausgleich auch die Arbeitnehmerseite etwas bekommt: Dabei stand der Anspruch auf sechs Wochen Urlaub pro Jahr nach 25 Jahren Arbeitstätigkeit zur Diskussion.

„Heute schon sehr flexibel“
Dass die Arbeitgeberseite bessergestellt wird, ohne dass auf anderer Ebene die Beschäftigten profitieren, kam für AK-Präsident Hubert Hämmerle von Anfang an nicht in Frage. Diese Grund-

Immer mehr Arbeitnehmer zahlen einen hohen Preis für die fortschreitende Flexibilisierung. Die Zahl der Burnout-Erkrankungen steigt von Jahr zu Jahr. Die Belastung durch Überstunden ist zwischen 2009 und dem Vorjahr um 17 Prozent gestiegen – jede fünfte Überstunde wird dabei weder in Geld noch in Zeit abgegolten! Die Faktoren Termin- und Zeitdruck, zu hohes Arbeitsvolumen, psychische Belastungen und Verantwortungsdruck sind die Spitzenreiter des AK-Arbeitsindex, der in über 120 großen Unternehmen erhoben wird.

Laxe Pflichterfüllung
Gerade was die Einhaltung der Arbeitszeitregelungen betrifft, „gibt es laufend Anzeigen“, berichtet die Leiterin des Arbeitsinspektorats DI Sabine Krenn: „Man merkt: Der Druck steigt.“ Der gesetzlichen Pflicht zur Arbeitszeiterfassung werde „meistens erst nach der ersten Aufforderung“ nachgekommen. Manch Unternehmer stelle sich einfach unwissend, während über Möglichkeiten, gesundheitsbelastende Nachtschichten zu fahren, genau Bescheid gewusst wird. „Arbeit darf nicht krank machen!“, bekräftigt Hämmerle sein Nein gegen überbordende, einseitige Arbeitszeitflexibilisierung.

Stichwort Arbeitszeit

Das Arbeitszeit-Recht ist eine komplizierte Materie. Denn in den einzelnen Kollektivverträgen finden sich abweichende branchenbezogene Regelungen, nicht zuletzt auch zur „Flexibilisierung der Arbeitszeit“. Das Arbeitszeitgesetz bestimmt Mindeststandards, dazu einige wichtige Begriffe:

- **Normalarbeitszeit:** Sie beträgt in Österreich 40 Stunden pro Woche, verschiedene Kollektivverträge sehen eine kürzere Wochenstundenanzahl vor.
- **Ruhezeiten:** Zwischen zwei Arbeitstagen ist eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens 11 Stunden zu gewähren. Zum Wochenende gebührt eine ununterbrochene Wochenendruhe von 36 Stunden. Ausnahmen durch Kollektivverträge oder Arbeitsinspektorat sind möglich.
- **Überstunden:** Überstunden sind grundsätzlich alle Stunden, die über einen Achtstundentag oder über eine 40-Stundenwoche hinausgehen. Es gibt Ausnahmen, beispielsweise bei Gleitzeit oder durch Kollektivverträge. Überstunden sind mit 50-prozentigem Zuschlag zu vergüten, egal ob durch Geld oder Freizeit.



„Flexibilisierung, die einseitig zu Lasten der Arbeitnehmer geht – dafür sind wir von der AK Vorarlberg ganz sicher nicht zu haben!“

AK-Präsident Hubert Hämmerle

tung der Höchstarbeitszeit von zehn Stunden ausgesprochen. Sie erteilten damit dem Wunsch der Wirtschaft, unter bestimmten Voraussetzungen in Zukunft bis zu 12 Stunden Arbeit „verordnen“ zu können, eine unmissverständliche Absage.
In laufenden Verhandlungen der Sozialpartner kam zuletzt als Signal der Wirtschaft, dass die 12-Stunden-Forderung vorläufig vom Tisch ist. Polit-Realisten sahen diesen Wunsch ohnehin nur dann erfüllbar, wenn zum

haltung wird noch öfter gefordert sein, dazu macht sich Hämmerle aus der Erfahrung der Vergangenheit keine Illusionen. „Wünsche nach Ausdehnung der Arbeitszeit, nach neuen und längeren Durchrechnungszeiträumen – kurzum nach Arbeitszeitflexibilisierung werden immer wieder kommen. Dabei sind Österreichs Beschäftigte heute schon sehr flexibel“, verweist der AK-Präsident auf unzählige Sonderregelungen in Kollektivverträgen (siehe Kasten) und Betriebsvereinbarungen.

Durch Finanzministerrat kam nur ein verstümmelter Kompromiss zustande

Vorerst bleibt Enttäuschung über Spekulationssteuer „ultralight“

Verwässert und verzögert: Von einer Finanztransaktionssteuer, wie sie viele EU-Bürger nach der Krise forderten, bleibt nicht viel übrig.
Eigentlich begann es erfreulich und vielversprechend. Ende April wies der Europäische Gerichtshof in Luxemburg die Klage der britischen Regierung gegen die Einführung einer Finanztransaktionssteuer zurück und urteilte, dass es rechtens sei, dass elf Mitgliedsstaaten der Europäischen Union – darunter Frankreich, Deutschland und Österreich – diese Steuer im Verfahren der verstärkten Zusammenarbeit einführen. Diese Vorgangsweise war notwendig geworden, weil nicht alle 28 EU-Mit-

gliedsstaaten für die Steuer sind, die finanzielle Mittel für Investitionen in die Realwirtschaft schaffen, aber auch dazu beitragen sollte, die Kosten der Krise zu decken und die Spekulation an den Finanzmärkten einzudämmen.
Bestenfalls Alibimaßnahme
So weit, so gut – doch die Ernüchterung folgte auf den Fuß. Der Rat der EU-Finanzminister gab wenige Tage später tatsächlich den Startschuss für diese Steuer, auch bekannt als „Robin-Hood-Steuer“ oder „Gerechtigkeitssteuer“. Doch heraus kam ein verwässerter und fast zur Unkenntlichkeit verstümmelter Kompromiss, der mit der ursprünglichen Idee nicht mehr viel zu tun hat.



Glückrittern wird die Finanztransaktionssteuer leider wenig anhaben können.

Er wäre in dieser Form bestenfalls eine Alibimaßnahme. Statt wie vorgesehen schon in diesem Jahr, sollen erst 2016 in einer ersten Etappe Aktien und einige nicht näher benannte Derivate besteuert werden. Hochspekulative Finanzprodukte, Staatsanleihen, Pensionsfonds und die Mehrzahl der Derivate sind ausgenommen. Besteuert werden soll nach dem Ausgabeprinzip, dass eine Steuerumgehung einfach bleibt. Wichtige Finanzmarktakteure bleiben großzügig ausgenommen.

Protest möglich
Von einer Spekulationssteuer, die auch die Arbeiterkammer mit einer erfolgreichen Unterschriftenaktion tatkräftig unterstützt hat, kann in dieser Form nicht mehr die Rede sein. Doch auf www.financialtransactiontax.eu können die Bürger weiterhin die verantwortlichen Politiker kontaktieren und sie auffordern, die Finanztransaktionssteuer sofort und kompromisslos einzuführen.

Arbeitswege kürzer als meist angenommen

Für rund 1,5 Millionen österreichische Erwerbstätige ist die Fahrt zur Arbeit kürzer als fünf Kilometer, weitere 600.000 wohnen zwischen fünf und neun Kilometer von ihrem Arbeitsplatz entfernt. Das geht aus einer Analyse des Verkehrsclubs Österreich (VCO) hervor. Die Wege zum und vom Arbeitsplatz haben einen hohen Anteil an der gesamten Mobilität. Laut VCO ist jede vierte Strecke ein Arbeitsweg. Die Analyse zeige jedoch, dass kurze Arbeitswege weit mehr verbreitet seien, als vielfach angenommen. Zwei Drittel der Österreicher legen weniger als fünfzehn Kilometer zurück, um in die Arbeit zu kommen, fast drei Millionen benötigen keine 20 Kilometer. Der Trend zur Kombination verschiedener Verkehrsmittel beim Weg zur Arbeit werde von der Verkehrs- und Infrastrukturpolitik noch zu wenig berücksichtigt.

Familienfreundliche Kleinbetriebe

Familienministerin Sophie Karmasin (ÖVP) will die österreichischen Unternehmen familienfreundlicher machen. Dies soll durch eine Offensive für das staatliche Gütezeichen des Bundesministeriums für Familien und Jugend gelingen. „Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein Wettbewerbsfaktor der Zukunft“, sagte Karmasin. Rund 310 Unternehmen in Österreich haben bisher das Gütezeichen bekommen, 30 Prozent davon in den letzten zweieinhalb Jahren. Speziell für Firmen mit fünf bis 50 Beschäftigten wurde ein neues Audit entwickelt. Dieser Gruppe winkt eine Förderung von 4000 Euro.

Ringens um KV im Gastgewerbe

Derzeit ringen die Sozialpartner um einen Kollektivvertrag für die 200.000 Arbeiter und Angestellten im Hotel- und Gastgewerbe. Nach drei Verhandlungsrunden sind die Gespräche vorerst gescheitert. Die Arbeitgeber wollen flexiblere Regelungen bei der Nacharbeit und den Durchrechnungszeiträumen – für die Arbeitnehmervertreter ein Anschlag auf die Überstundenzuschläge und die Nachtruhe.

87 Prozent geben Lohndetails an

Die AK hat nun zum dritten Mal die Gehaltsangaben bei Stelleninseraten überprüft. Die Mehrzahl der Betriebe (87 Prozent) hält sich an die gesetzlichen Bestimmungen zur Gehaltstransparenz. Aber noch immer gibt es zahlreiche Inserate ohne Gehaltsangaben. Vielfach sind die Inserate jedoch nicht aufschlussreich, weil das Stundenausmaß bei Teilzeit oder bei All-in-Verträgen fehlt und somit keine echte Gehaltstransparenz gegeben ist. Zudem sind Angaben über das tatsächlich zu erwartende Gehalt stark zurückgegangen. Analysiert wurden überregionale Tageszeitungen und vier Internet-Jobbörsen.

Kurz gemeldet ...

- Die AK Oberösterreich erreichte 15.000 Euro Nachzahlung für drei Fassadenarbeiter, die gekündigt wurden, nachdem sie die Auszahlung von Überstunden verlangt hatten.
- 86 Prozent der Produktion (29,6 Milliarden Euro) der österreichischen Maschinen- und Metallindustrie gingen in den Export
- Das Sozialministerium ist gegen Senkung der Krankenversicherungsbeiträge für Selbstständige.

Mitmachen und gewinnen: Die AK Vorarlberg verlost drei VIP-Tickets für das Szene Openair in Lustenau

Gewinnspiel: Wer kennt sich aus beim Thema Ferialjob?

Während der Sommerferien bessern sich viele Schüler ihr Taschengeld mit einem Ferialjob auf. Doch welche rechtlichen Bedingungen gelten eigentlich für sie? Macht mit beim AK-Ferialjob-Quiz und gewinnt eines von drei VIP-Tickets für das Szene Openair in Lustenau, einen Boomball, eine AK-Sporttasche oder einen Rucksack. Achtung: Es ist immer nur eine Antwort richtig.

1. Welche Voraussetzungen braucht man, um einen Ferialjob annehmen zu können?

- a) Man muss 14 Jahre alt sein und die Hauptschule beendet haben,
- b) Man muss 15 Jahre alt sein und die Schulpflicht beendet haben,
- c) Man muss Arbeitserfahrung haben,
- d) Man muss Schnuppertage absolviert haben.

2. Wo sind Bezahlung und Arbeitszeiten festgelegt?

- a) Im Kollektivvertrag,
- b) Firma bestimmt selbst,
- c) Ferialarbeiter bestimmt selbst,
- d) Die Arbeiterkammer bestimmt.

3. Wo bekommt man Auskunft über die Rechte und Pflichten als Ferialarbeiter?

- a) Bei der Bezirkshauptmannschaft,
- b) Bei der Gebietskrankenkasse,
- c) Beim Arbeitsmarktservice,
- d) Bei der Arbeiterkammer.

4. Was wird vom Bruttobetrag (Lohn für eure Ferialarbeit) abgezogen?

- a) Nur Sozialversicherungsbeiträge,
- b) Sozialversicherungsbeiträge und Lohnsteuer,
- c) Nur Lohnsteuer,
- d) Nichts.

5. Welcher der folgenden Bereiche wird im Kollektivvertrag geregelt?

- a) Arbeitssicherheit,
- b) Pausenregelungen,
- c) Sonderzahlungen,
- d) Urlaubsausmaß.

6. Im Laufe des ersten Arbeitstages bekommt man eine Anmeldekopie. Wo wurde man vom Betrieb angemeldet?

- a) Bei der Wirtschaftskammer,
- b) Beim Verband aller Ferialarbeiter,



Mach mit beim AK-Ferialjob-Quiz und gewinne eines von drei VIP-Tickets für das Szene Openair in Lustenau!

- c) Bei der Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter,
- d) Bei der Gebietskrankenkasse.

7. Darf ein Ferialarbeiter eigentlich Überstunden leisten?

- a) Nein, darf er grundsätzlich nicht,
- b) Ja, wenn er 16 Jahre alt ist,
- c) Ja, wenn er 18 Jahre alt und somit volljährig ist,
- d) Ja, Ferialarbeiter dürfen Überstunden leisten, egal wie alt sie sind.

Gewinnspiel

Um am Ferialjob-Quiz der AK Vorarlberg teilzunehmen, sendet ihr eure Antwort an AK Vorarlberg, Redaktion AKtion, Kennwort: AK-Ferialjob-Quiz, Widnau 2–4, 6800 Feldkirch. Ihr könnt auch online am Gewinnspiel teilnehmen unter www.ak-vorarlberg.at oder www.akbasics.at. Eure Daten werden ausschließlich für das Gewinnspiel verwendet und anschließend wieder gelöscht. Einsendeschluss ist der 20. Juni 2014.



Ein Tipp: Weitere Informationen zum Thema Ferialjob findet ihr auf der Homepage der AK-Lehrlings- und Jugendabteilung: www.akbasics.at

8. Arbeitstage enden an manchen Tagen einmal pünktlich und an anderen Tagen, wenn viel Arbeit zu erledigen ist, etwas später.

Die AK gibt daher den Tipp,

- a) Die Arbeitszeiten genau aufzuschreiben,
- b) Keine Arbeitszeiten aufzuschreiben,
- c) Die Tage aufzuschreiben, an denen länger gearbeitet wird,
- d) Abzuwarten, bis man den Lohnzettel bekommt, um zu sehen, ob die Arbeitszeiten richtig abgerechnet worden sind.

9. Bekommt ein Ferialarbeiter auch anteilige Sonderzahlungen (Urlaubsgeld, Weihnachtsremuneration)?

- a) Ja, auch einem Ferialer stehen Sonderzahlungen zu,
- b) Nein, die Firma muss nur auszahlen, was auch vereinbart wurde,
- c) Nein, man muss mindestens zwei Monate in der Firma tätig sein,
- d) Nein, man muss mindestens ein Jahr in der Firma tätig sein.

10. Hat ein Ferialer auch Urlaubsanspruch?

- a) Nein, nur Pflichtpraktikanten haben Urlaubsanspruch,
- b) Ja, das stimmt, auch ein Ferialer hat Urlaubsanspruch,
- c) Nein, weder Ferialer noch Pflicht-

praktikanten haben Urlaubsanspruch, d) Ja, auch ein Ferialer hat Urlaubsanspruch, allerdings nur nach vorheriger Vereinbarung mit dem Arbeitgeber.

11. Auf welcher Basis muss der Lohn eines Ferialarbeiters abgerechnet werden?

- a) Auf Basis einer Lehrlingsentschädigung,
- b) Auf Basis eines Hilfsarbeiterlohnes,
- c) Der Chef darf frei entscheiden,
- d) Auf Basis eines Facharbeiterlohnes.

12. Hat ein Ferialarbeiter nach vierwöchiger Tätigkeit Anspruch auf die Ausstellung eines Dienstzeugnisses?

- a) Nein, er müsste mindestens drei Monate gearbeitet haben,
- b) Nein, er müsste mindestens sechs Monate gearbeitet haben,
- c) Nein, er müsste mindestens ein Jahr gearbeitet haben,
- d) Ja, die Firma muss immer ein Dienstzeugnis ausstellen, egal wie lange das Arbeitsverhältnis gedauert hat.

13. Wo kann man zu Beginn des darauffolgenden Jahres die Arbeitnehmerveranlagung einbringen?

- a) Beim Arbeitsmarktservice,
- b) Beim Finanzamt,
- c) Bei der Wirtschaftskammer,
- d) Bei der Gebietskrankenkasse.

Lehrlingstipp

Tipps zum Ferialjob

Auch in diesem Jahr werden wieder viele Schülerinnen und Schüler in ihren Sommerferien einen Ferialjob annehmen. Dabei gilt es einige rechtliche Informationen zu beachten: Wer in den Ferien arbeitet, geht ein ganz normales Arbeitsverhältnis ein. Dies ist jedoch erst ab Vollendung der Schulpflicht und des 15. Lebensjahres erlaubt. Es gelten die üblichen arbeitsrechtlichen Bestimmungen, insbesondere der Kollektivvertrag. Auch Ferialarbeiter haben Anspruch auf eine schriftliche Abrechnung. Die Endabrechnung hat neben dem Lohn auch kollektivvertraglich vorgeschriebene Sonderzahlungen, wie anteiliges Urlaubs- und Weihnachtsgeld sowie eine Urlaubsersatzleistung (für nicht verbrauchte Urlaubstage) zu enthalten. Umsichtige Ferialarbeiter tragen ihre tägliche Arbeitszeit (lückenlos) in einen Kalender ein. Sollte es mit der Bezahlung Probleme geben, kann später so der Nachweis über die tatsächlich geleisteten Stunden erbracht werden. Die Lehrlings- und Jugendabteilung rät dazu alle Vereinbarungen wie Arbeitszeit und -ort, Dauer des Arbeitsverhältnisses und Entlohnung schriftlich im Voraus mit dem Arbeitgeber festzulegen. Eine persönliche Checkliste sowie weitere wichtige Infos zum Ferialjob sind in unserer Broschüre „survival kit“ zusammengefasst, die kostenlos angefordert werden kann, beziehungsweise für alle Interessierten auch unter www.akbasics.at zum Download bereitsteht.



Informationen und Beratung: www.akbasics.at

Schüler besuchen die AK Vorarlberg

Wieder hatte die AK Feldkirch Besuch von vielen Schülern sowie deren Lehrern. Der Leiter der Lehrlings- und Jugendabteilung, Mag. Marcus Mayer, erläuterte ihnen die zahlreichen Serviceleistungen sowie den Aufbau und die Struktur der Arbeiterkammer.



Die Schüler der Handelsakademie Lustenau in der AK in Feldkirch.



Die Schüler der Polytechnischen Schule Bregenz.



Neues Design: Informier dich auf akbasics.at

Die Homepage der Lehrlings- und Jugendabteilung der AK Vorarlberg präsentiert sich in neuem Design. Die Webseite ist dein Infoportal wenn es um Lehre, Praktikum, Ferialjob, Förderungen und mehr geht. Unter www.akbasics.at findest du unsere Infobroschüren, wichtige Pressemitteilungen, sämtliche Anlaufstellen für deine Lehrstellensuche, aktuelle Events und natürlich die Kontaktdaten unserer Lehrlings- und Jugendberater. Auch das aktuelle AK-Ferialjob-Quiz (siehe oben) findest du online zum Ausfüllen.



Besuch uns auf unserer neuen Homepage: www.akbasics.at

Vorarlberger Zukunftstag

„Ich geh mit“ – Jugend zu Besuch im Betrieb

Am 26. Juni machen zahlreiche Unternehmen am Vorarlberger Zukunftstag „Ich geh mit“ ihre Tore für alle 10- bis 14-Jährigen auf. Die Kids können Eltern, Verwandte und Bekannte an deren Arbeitsplatz begleiten.

Die Auswahl an tollen Berufen ist groß – wie können junge Leute ein Gefühl für diese Vielfalt bekommen? Am Vorarlberger Zukunftstag „ich geh mit“ haben alle Kinder und Jugendlichen der 5. bis 8. Schulstufe die Möglichkeit, Firmen und Berufe im Ländle kennen zu lernen. Ziel ist es, am 26. Juni möglichst vielen Kids die Vielfalt beruflicher Möglichkeiten zu zeigen und sie auch für andere, nicht traditionelle Berufe, zu begeistern. Im letzten

Jahr haben 487 Jungs und 571 Mädchen das Angebot genutzt und rund 600 Unternehmen im Ländle besucht.

Teilnehmen ist ganz einfach

Interessierte Jugendliche fragen Eltern, Freunde oder Bekannte, ob sie am 26. Juni mit in den Betrieb kommen können. Das Unternehmen meldet die TeilnehmerInnen dann beim BIFO an – so sind die Kinder an diesem Tag versichert. Flyer und Plakate für den Vorarlberger Zukunftstag können beim BIFO angefordert werden unter bifoinfo@bifo.at oder per Telefon: 05572/317 17–0.



Weitere Infos und Anmeldung: www.ichgehmit.at

„survival kit“ für den Ferialjob

Auch als Ferialarbeiter gehst du ein ganz normales Arbeitsverhältnis ein. Doch welche Rechte und Pflichten hast du? Einen Überblick über die wichtigsten Regelungen findest du in der AK-Broschüre „survival kit“.



Telefon 050/258-8000, bestellen@ak-vorarlberg.at oder kostenlos downloaden unter www.akbasics.at

Die AK fordert endlich Konsequenzen aus steigender Belastung der Arbeitnehmer – Die kalte Progression ist nichts anderes als „heimliche Steuererhöhung“!

Arbeitnehmer haben es satt, wie sie Finanzminister ausgesäckelt werden

Unter den Arbeitnehmern wächst der Unmut darüber, dass sie von Jahr zu Jahr die – zudem steigende – steuerliche Hauptlast tragen müssen. „Immer mehr Menschen sind finanziell am Anschlagn“, sagt AK-Präsident Hubert Hämmerle, und fordert endlich Entlastung ein.

Nur aufs Erste klang einigermaßen gut, was die große Koalition bei der Budgetsitzung des Nationalrats vor zehn Tagen ankündigte: Bis Ende 2015 soll der Entwurf für eine Steuerreform stehen. Das war allerdings schon im-



Keckeis: „Derzeitiges Steuersystem ist extrem ungerecht und leistungsfeindlich.“

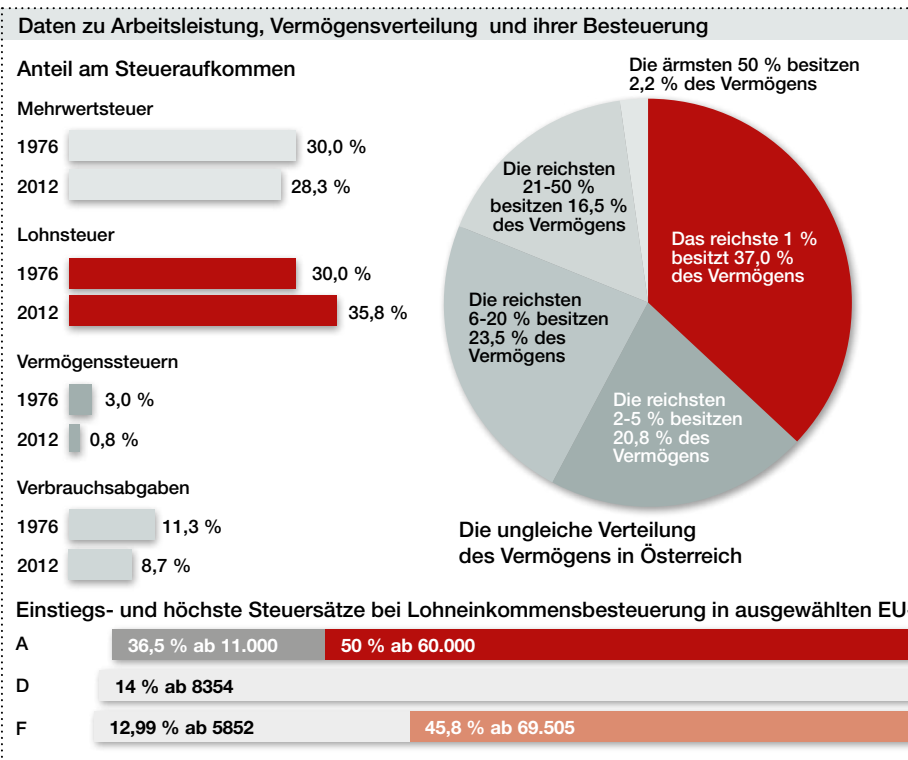
mer vorgesehen und die jüngste Absichtserklärung ist mehr als vage. Der Eingangssteuersatz soll von derzeit 36,5 „in Richtung 25 Prozent“ gesenkt werden, die Steuerstrukturen sollen geändert werden. Koalitionsschlupfloch: Natürlich alles nur, wenn „eine ausreichende Gegenfinanzierung oder budgetäre Spielräume“ vorhanden seien.

2,65 Milliarden weggenommen
„Die Arbeitnehmer können nicht bis 2016 oder womöglich bis 2017 warten, bis eine Steuerreform kommt“, kritisiert AK-Präsident Hubert Hämmerle die Uneinsichtigkeit der Bundesregierung über das tatsächliche Ausmaß der Belastung großer Teile der Bevölkerung. Von jedem Euro über brutto (!) 11.000 Euro Jahreseinkommen nimmt der Finanzminister mindestens 36,5 Cent weg. Zwischen der Besteuerung von Arbeits- und Kapitaleinkommen in Österreich herrscht eine tiefe Kluft. Hinzu kommt die kalte Progression (siehe rechts), die den Faktor Arbeit steuerlich zusätzlich belastet. Allein aus diesem Titel flossen seit 2008 2,65 Milliarden Euro in die Kassen des Finanzministers. „2,65 Milliarden, die in den Taschen der Beschäftigten fehlen“, rechnet AK-Direktor Rainer Keckeis

vor. Und pro Jahr kommt eine weitere halbe Milliarde dazu. „Das System ist extrem ungerecht und leistungsfeindlich.“ Dabei nehmen die Österreicher unter diesen Bedingungen ohnehin eine über dem EU-Schnitt liegende Jahresarbeitszeit in Kauf.

Eingangssteuersatz senken
Die Arbeiterkammer hat klare Vorstellungen von einer Entlastung der Arbeitnehmer. Sämtliche Fraktionen unterstützen die Forderung, als ersten Schritt die kalte Progression zu beseitigen. Schon 2008 wurde ein Gegenmodell zur damaligen Steuerreform der Regierung vorgelegt. Der Eingangssatz bei der Lohnsteuer soll bei 20 statt derzeit 36,5 Prozent liegen, danach die Besteuerung von Arbeitseinkommen durch mehr Tarifklassen moderater und gleichmäßiger steigen. „Die Entlastung würden vor allem die Bezieher von kleineren und mittleren Einkommen spüren“, erklärt AK-Präsident Hubert Hämmerle.

Unmut ist berechtigt
Dass der wachsende Unmut der Arbeitnehmer über das derzeitige Steuersystem, gebrochene Wahlversprechen und die Blockadehaltung der Regie-



rung sich schon bald auf der Straße entladen könnte, hält Hubert Hämmerle inzwischen für nicht mehr ausgeschlossen: „Die Menschen arbeiten hart für ihr Geld und brauchen mehr Netto vom Brutto. Sie haben es satt, ständig vertröstet zu werden.“

Kalte Progression durch Inflation

Mehr Steuergerechtigkeit durch laufende Anpassung der Tarifstufen an die Teuerungsrate – das ist eine zentrale Forderung des Steuermodells der AK Vorarlberg.

Neben mehreren anderen Faktoren des derzeitigen Steuersystems liegt der Grund für die ständig steigende Belastung der Arbeitnehmer in der Systematik der sogenannten kalten Progression. Von einer Lohnerhöhung haben die Arbeitnehmer immer weniger, weil sich an den Werten, an denen sich das Finanzministerium mit seinen Steuertarifen klammert, nichts ändert. Anders ausgedrückt: Verdienen Sie brutto mehr, fallen Sie sehr bald in eine höhere Steuerklasse und es wird Ihnen un-

Lohnsteuerreform sichert Arbeitsplätze

Neben dem positiven Effekt auf die persönliche Einkommenssituation für jeden Arbeitnehmer kurbelt eine Lohnsteuerreform auch die Konjunktur an, sichert und schafft neue Arbeitsplätze.

Der Staat zieht die Steuerschraube für die Arbeitnehmer und Pensionisten immer stärker an, während für andere Gruppen Ausnahmen gelten und für milliardenschwere Bankenpleiten Geld locker gemacht wird. Die Folgen treffen nicht nur Kleinverdiener, sondern zunehmend auch den sogenannten Mittelstand. Eine spürbare Steuerentlastung für die Lohnsteuerpflichtigen ist überfällig und brächte den Österreichern nicht nur persönlich, sondern auch volkswirtschaftlich Vorteile.

Inlandskonjunktur ankurbeln
Allein schon die Abschaffung der kalten Progression würde den Arbeitnehmern

pro Jahr rund 500 Millionen Euro mehr Geld in ihren Taschen lassen. Diese halbe Milliarde Euro käme überwiegend der Inlandskonjunktur zugute. Damit würden bestehende Arbeitsplätze besser abgesichert und zusätzliche Jobs überhaupt möglich gemacht werden. Noch größer ist der Effekt, wenn sich die große Koalition endlich zur Entlastung der Beschäftigten durchringt.

Frage der Verteilungsgerechtigkeit
Nach der Krise, in der die Arbeitnehmer Kurzarbeit und Arbeitsverschlechterungen in Kauf nehmen mussten, ist es höchste Zeit für ein arbeitnehmerfreundlicheres Österreich. Für mehr Verteilungsgerechtigkeit zu sorgen, gehört zu den Hausaufgaben der Regierung. Denn die Arbeitnehmer tragen die Hauptlast: Die Lohnsteuer wuchs zur wichtigsten Einnahmequelle des Finanzministers und hat die Mehrwertsteuer längst überflügelt (siehe Grafik).



Finanzminister und Kanzler haben mit der kalten Progression ihre helle Freude

So wenig bleibt vom Brutto

Brutto	minus Sozialversicherung	minus Lohnsteuer
1000 Euro	150,70	0,00
1500 Euro	256,05	84,87
2000 Euro	361,40	228,92
2500 Euro	451,75	378,44
3000 Euro	542,10	552,04
3500 Euro	632,45	729,06
4000 Euro	722,80	906,09
4500 Euro	813,15	1083,12
5000 Euro	818,57	1296,85

Zitate zur Belastung des Faktors Arbeit in Österreich

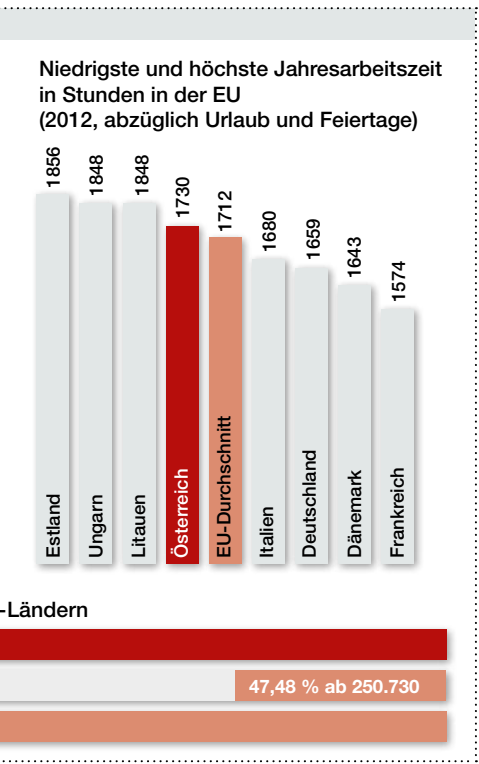
„Auch in Österreich werden die Reichen reicher und die Armen ärmer. Bereits heute tragen 20 Prozent der Einkommensbezieher 75 Prozent der Steuerlast.“
Harald Sommerer, Unternehmer und Ex-Zumtobel-Vorstand

„Abzüge grenzen an Raubrittertum.“
Kronen Zeitung

„Eine Gesellschaft, in der sich Arbeit nicht lohnt, kann auf Dauer nicht überleben. Wenn jemand, der 1800 Euro verdient, mehr Steuer zahlt als jemand, der Dividenden bezieht und sein Geld für sich arbeiten lässt, geht sich das auf Dauer nicht aus.“
Christian Köck, Ökonom

„Der Anteil des Faktors Arbeit am gesamten Steueraufkommen ist in Österreich am höchsten in der ganzen Eurozone.“
Der Internationale Währungsfonds (IWF) empfiehlt in seinem Jahresbericht 2013 Österreich eine Lohnsteuerreform

ie vom en



sion: Weg onsindex

proportional mehr abgezogen. Gleichzeitig verliert das Einkommen durch die Inflation an Wert. Die AK Vorarlberg fordert daher bereits seit Jahren, Einkommenssteuer zu indexieren.

Konkrete Beispiele
Für den Sprung von 20 auf 27 Prozent Einkommenssteuer wurde 2008 vom Finanzministerium ein Jahreseinkommen von 25.000 Euro angesetzt. Inflationsbereinigt müsste diese Grenze heute bereits bei rund 30.000 Euro liegen. Der Spitzensteuersatz von 50 Prozent müsste sich inflationsbereinigt von derzeit 60.000 auf knapp 72.000 Euro verschieben – darunter also weniger Steuer bezahlt werden.

uttolohn

Netto
846,30 Euro
1159,08 Euro
1409,68 Euro
1669,81 Euro
1905,86 Euro
2138,49 Euro
2371,11 Euro
2603,73 Euro
2884,58 Euro



Was taugen die Tagescremen mit Lichtschutzfaktor? Der VKI hat's getestet.

Pflege und Schutz: Gute Noten für Tagescremen mit Lichtschutzfaktor

Der Verein für Konsumenteninformation (VKI) hat elf Gesichtscremen mit UV-Schutz getestet: Sieben Produkte schnitten mit „gut“ ab. Nur eine war „nicht zufriedenstellend“.

Endlich sind die Tage wieder länger! Frühlingfans zieht es jetzt magisch hinaus ins Freie ... Doch wer sich oft und lange im Freien aufhält, ohne die Haut vor UV-Strahlung zu schützen, riskiert nicht nur einen Sonnenbrand, sondern auch vorzeitige Hautalterung und langfristig sogar Hautkrebs. Tagescremen mit UV-Filtern sollen diese Gefahr mindern, die Haut gleichermaßen pflegen und schützen. Der VKI und die Stiftung Warentest wollten wissen, was diese Cremes mit zugeschriebener doppelter Wirkung tatsächlich können, und haben elf Produkte getestet.

Gute Feuchtigkeitsspender

Abgesehen von der UV-Schutzwirkung wurde vor allem untersucht, ob die Cremes die Haut gut mit Feuchtigkeit versorgen und ob sie angenehm anzuwenden sind. An den Pflegeeigenschaften der meisten Produkte gibt es kaum etwas zu beklagen, sie versorgen die Haut gut mit Feuchtigkeit. Was die Anwendung anbelangt, erzielten sämtliche Produkte gute Beurteilungen.

Alle Produkte im Test halten den ausgelobten Lichtschutzfaktor ein. Nur die Hydra Végétal Feuchtigkeitss-Creme mit Lichtschutzfaktor 25 von Yves Rocher schirmt zu wenig vor UVA-Strahlung ab und kassierte deshalb ein „nicht zufriedenstellend“.

Keine Gefahren

Alle Cremes im Test sind Öl-in-Wasser-Emulsionen. Sie fetten meistens weniger als reichhaltigere Wasser-in-Öl-Emulsionen, die Haut glänzt nicht so sehr. Die Cremes eignen sich daher auch gut als Make-up-Unterlage. Mit einer Abschwächung des

UV-Schutzes durch das Make-up ist nicht zu rechnen.

La Roche Posay, Yves Rocher und Vichy werben damit, ihre Cremes seien „ohne Parabene“ hergestellt. Das könnte den Eindruck erwecken, diese Produkte seien besser als andere. Die Stiftung Warentest schätzt diese Aussage als Verunsicherung der Verbraucher ein. Parabene werden in Kosmetika weltweit seit Jahrzehnten als Konservierungsmittel eingesetzt und haben sich bewährt. Unabhängig davon, welche Konservierungsmittel die Hersteller der getesteten Cremes verwendet hatten, Keime waren in keinem Produkt ein Problem.

Mehr Verpackung als Inhalt

Für Ärger sorgten zwei Mogelpackungen: Bei dm/Balea Morgenfrische Tagescreme Hauterstrahlend und Clarins Feuchtigkeitss-Creme – beide

mit Lichtschutzfaktor 15 – täuschen überdimensionierte Verpackungen mehr Inhalt vor, als tatsächlich enthalten ist.

Nivea Aqua Effect Feuchtigkeitsspendende Tagescreme Lichtschutzfaktor 15 (0,86 Euro pro 10 Milliliter) und Olaz essentials complete Lichtschutzfaktor 15 (1,70 Euro pro 10 Milliliter) sind die besten Cremes im Test und obendrein günstig.

Wer oft und ausgiebig im Freien unterwegs ist, sollte seine Haut vor UV-Strahlung schützen. In den Bergen oder am Meer ist die UV-Strahlung meistens intensiver. Hier ist statt einer Tagescreme mit UV-Filter eine gute Sonnencreme mit höherem Lichtschutzfaktor das Mittel der Wahl.

Details und weitere VKI-Tests: [www.konsument.at\(kostenpflichtig\)](http://www.konsument.at(kostenpflichtig))



Sieben von elf Gesichtscremen mit UV-Schutz erhielten im Test die Note Gut.

Testergebnisse Gesichtscremen mit UV-Schutz (bei gleicher Punktezahl Reihung alphabetisch)												
Marke	Type	Inhalt in ml	Preis für 10 ml in €	Testurteil Erreichte von 100 Prozentpunkten	Sonnenschutzfilter	Konservierungsstoffe	Feuchtigkeitsanreicherung 40 %	Anwendung (Z.B. Einziehen, Hautgefühl) 20 %	Einhaltung Des Sonnenschutzfaktors (Uvb) 10 %	Uva-Schutz 10 %	Verpackung 10 %	Deklaration 10 %
Nivea	Aqua Effect Feuchtigkeitsspendende Tagescreme LSF 15	50	0,86	gut (70)	●	●	+	+	+	+	+	+
Olaz	essentials complete LSF 15	50	1,70	gut (70)	●	●	+	+	+	+	+	+
Eucerin	Aquaporin Active Feuchtigkeitspflege LSF 15 + UVA-Schutz	40	4,88	gut (68)	●	●	+	+	+	+	+	o
La Roche Posay	Hydraphase UV Intense Légère UVB SPF 20	50	4,42	gut (68)	●	●	+	+	+	+	+	o
Clarins	Feuchtigkeitscreme mit SPF 15	50	8,78	gut (66)	●	●	+	++	+	+	- ¹⁾	o
dm/Balea	Morgenfrische Tagescreme Hauterstrahlend LSF 15	50	0,79	gut (66)	●	●	+	+	+	+	- ¹⁾	+
Shiseido	Ibuki Protective Moisturizer SPF 15	75	7,07	gut (66)	●	●	+	+	+	+	+	o
Avène	Hydrance Optimale UV légère Feuchtigkeitspflege SPF 20	40	5,50	durchschnittlich (50)	●	●	o ³⁾	++	+	+	+	o
The Body Shop	Vitamin E Moisture Lotion SPF 15	50	3,60	durchschnittlich (50)	●	●	o ³⁾	+	+	+	o	+
Vichy	AqualiaThermal UV LSF 25	50	4,46	durchschnittlich (50)	●	●	o ³⁾	+	+	+	+	- ²⁾
Yves Rocher	Hydra Végétal Feuchtigkeits-Creme LSF 25	50	1,50	nicht zufriedenstellend (10)	●	●	+	+	+	- ³⁾	++	-- ⁴⁾

Zeichenerklärung: ● = ja o = nein 1) Mogelpackung 2) mehrere kleine Mängel 3) führt zur Abwertung

Beurteilungsnoten: sehr gut (++) , gut (+) , durchschnittlich (o) , weniger zufriedenstellend (-) , nicht zufriedenstellend (--)

4) kein ausreichender UVA-Schutz vorhanden

Prozentangaben = Anteil am Endurteil Preise: Februar 2014





AK Vorarlberg sieht Missachtung des Obersten Gerichtshofs

T-Mobile: Servicepaket ungefragt aufgedrängt

Die Mobilfunkanbieter tele-ring und T-Mobile versuchen derzeit ihren Kunden ungewünscht ein kostenpflichtiges Sicherheitspaket aufzudrücken. In den Augen der Konsumentenschützer missachten die Unternehmen damit ein Urteil des Obersten Gerichtshofs.

Der angebotene Service soll die Konsumenten vor Viren am Smartphone, Betrugsseiten oder anderen Gefahren im mobilen Internet schützen. „Die Art und Weise, wie die Mobilfunkunternehmen diesen Internetschutz ‚anbieten‘, ist unserer Ansicht nach nicht rechters“, ärgert sich AK-Konsumentenberater Mag. Paul Rusching.

Die Mobilfunkkunden erhalten nämlich folgende SMS von tele.ring: „Viren am Smartphone, Betrugsseiten und andere Gefahren im mobilen Internet betreffen dich ... NICHT! Mit dem tele.ring Internetschutz fürs Handy bleibst du ab jetzt auf der sicheren Seite. Ab heute testest du den tele.ring Internetschutz bis 30.06. gratis (danach EUR 1,90/Monat). Willst du

ohne Schutz weitersurfen: einfach mit STOP antworten Infos: www.telering.at/schutz.“ Auch T-Mobile-Kunden erhalten ähnliche Mitteilungen.

Ärgerlich: Dem Mobilfunkkunden wird ein Service aufs Auge gedrückt, den er nicht gefordert hat. Wer den Dienst nicht nutzen möchte, muss selbst aktiv werden und das Paket mit einer SMS oder online extra abmelden. „Doch dann würde man ja, wie in der Anmeldung extra erwähnt, ohne Schutz weiter surfen. Der Konsument sieht sich also fast dazu genötigt, das Sicherheitspaket anzunehmen“, erläutert der Konsumentenberater.

Erst im vergangenen Jahr hat der Oberste Gerichtshof eine ähnliche Aktion von T-Mobile für gesetzwidrig erachtet, in der den Konsumenten via SMS kostenpflichtige Zusatzpakete aufgedrängt wurden. „Unserer Ansicht nach verstoßen tele.ring sowie T-Mobile mit ihrem Vorgehen gegen diesen Urteilsspruch. Wir haben daher den Verein für Konsumenteninformation (VKI) damit beauftragt, eine Exekution zu beantragen“, so Rusching.



Via SMS werden T-Mobile- und tele.ring-Kunden über das kostenpflichtige Servicepaket informiert. Ärgerlich: Wer es nicht nutzen will, muss es extra abbestellen.

Bessere Produktsicherheit

EU beschließt: „Made-in“ ist Pflicht

Die europäischen Verbraucher sollen sich künftig auf Herkunftsangaben verlassen können und besser vor Produktfälschungen geschützt werden, fordert das EU-Parlament in einem neuen Gesetzesentwurf.

Die neuen Regeln zu Produktsicherheit und besserer Marktüberwachung beinhalten eine verpflichtende Herkunftsbezeichnung „Made in“ für alle Waren (außer Lebensmittel und Medikamente). Diese Angabe ist bisher freiwillig und unterliegt keinen klaren Regeln. Durch die Verbesserung der Rückverfolgbarkeit von Verbraucherprodukten kann bei Sicherheitsproblemen schnell und wirksam reagiert werden. Heutzutage können circa zehn Prozent der Waren, die vom EU-Schnellwarnsystem für gefährliche Produkte (RAPEX – siehe Bericht Aktion Mai 2014) aufgegriffen werden, nicht zum Hersteller zurückverfolgt werden.

Nach dem Gesetzesvorschlag, dem die Mitgliedsstaaten noch zustimmen müssen, soll das Ursprungsland eines Produkts künftig nach eindeutigen Re-

geln angegeben werden. Hersteller in der EU sollen selbst entscheiden können, ob „Made in the EU“ oder „Made in...“ gefolgt vom Namen ihres Landes auf dem Kennzeichen stehen soll. Wer etwa ein Produkt „Made in Austria“ kauft, kann sich demnach darauf verlassen, dass auch die letzte wesentliche Bearbeitung in Österreich stattgefunden hat. Eine Tasche, die also in Österreich aus importiertem Leder zu einer fertigen Tasche verarbeitet wird, gilt dann als „Made in Austria“.

Schwarze Liste für Sünden

Vorgesehen sind auch härtere Strafen für Unternehmen, die nichtkonforme oder potenziell gefährliche Produkte anbieten. Die Kommission soll eine EU-weite schwarze Liste mit Firmen veröffentlichen, die nachweislich wiederholt und vorsätzlich gegen EU-Produktsicherheitsvorschriften verstoßen haben. Zudem soll eine europaweite „Verletzungsdatenbank“ eingerichtet werden, in der sämtliche Arten von produktbezogenen Verletzungen von Verbrauchern erfasst werden.

BGH kippt Gebühren bei Verbrauchercredit

Der deutsche Bundesgerichtshof (BGH) hat entschieden: die Verrechnung von Bearbeitungsgebühren bei Verbraucherkrediten ist unzulässig. Es sei eine Benachteiligung des Kunden, wenn die Kosten, die im Zuge der Bearbeitung auflaufen, übergewälzt würden. In der Regel wurde eine Gebühr zwischen 0,5 bis 3 Prozent, manchmal noch mehr, vom Kreditbetrag berechnet. Diese Kosten würden vornehmlich im Interesse der Bank auflaufen und werden gleich zu Vertragsbeginn verrechnet. Dazu gehören unter anderem die Kosten von Bonitätsprüfungen. Das Urteil des BGH sei aus Verbrauchersicht durchaus zu begrüßen, heißt es von Seiten des Vereins für Konsumenteninformation (VKI). Die Situation ist in Österreich ähnlich. Der Verein will nun die Rechtslage prüfen und – unter Umständen – eine Verbandsklage einreichen.

Klauseln von BAWAG PSK gesetzwidrig

Neun von zehn beanstandeten Klauseln in den Bedingungen für das e-banking bei der BAWAG PSK sind gesetzwidrig. Das bestätigte nun auch das Oberlandesgericht Wien (OLG). Der Verein für Konsumenteninformation (VKI) reichte im Auftrag des Sozialministeriums eine Verbandsklage gegen die Bank ein. In den Klauseln wurden den Kunden Sicherheitsvorkehrungen aufgebürdet, die keinerlei gesetzliche Grundlagen haben. Auch entzog sich die Bank jeglicher Verantwortung für Schäden, die durch die Netzwerkanbieter entstehen, auch wenn diese als Erfüllungsgehilfe der Bank tätig werden. Dass wichtige Mitteilungen zudem lediglich auf elektronischem Wege zur Verfügung gestellt würden, sei ebenfalls nicht ausreichend.

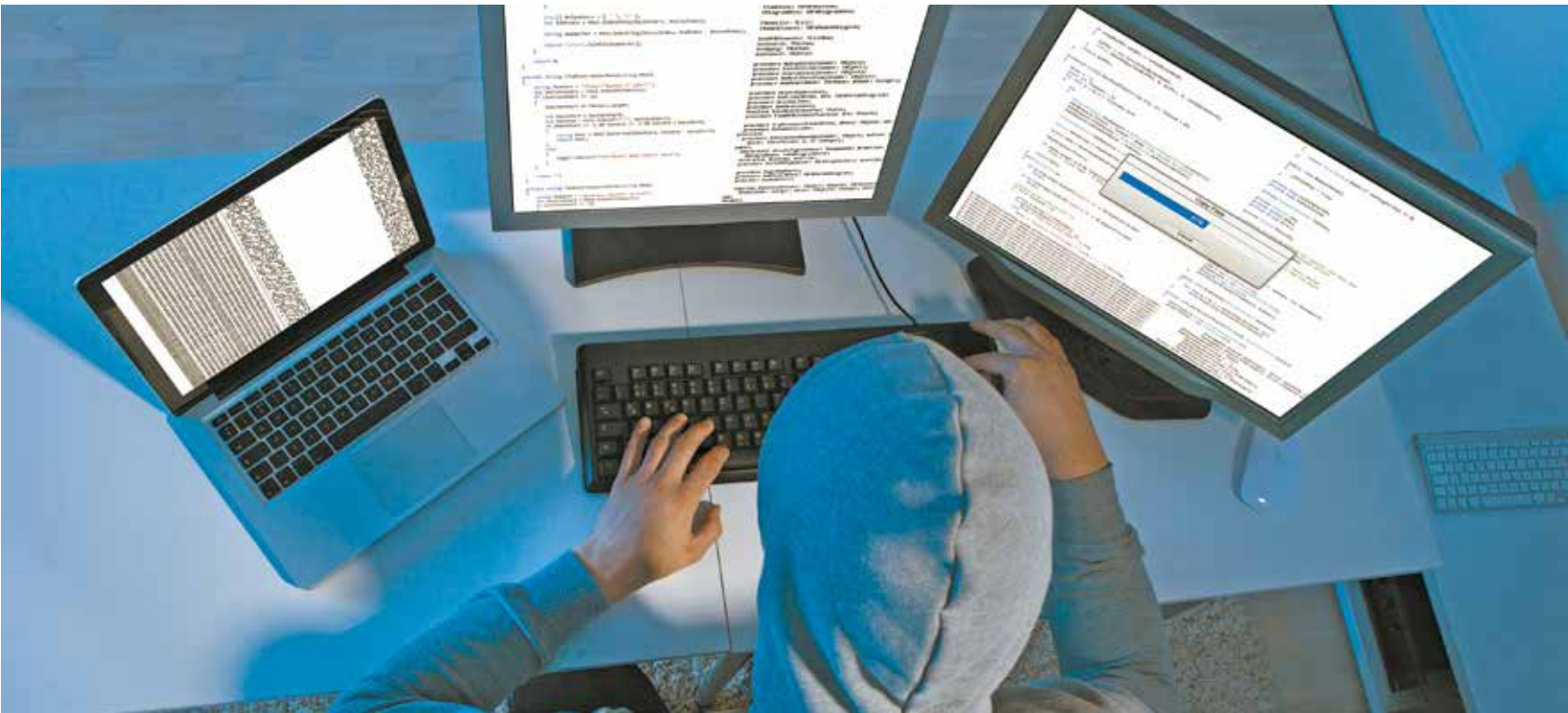
Das Urteil:
www.verbraucherrecht.at

Kein Schutz vor falscher Bewertung

Etwa ein Drittel der Hotelbewertungen auf Onlineportalen sind gefälscht, wie eine Studie im vergangenen Jahr zeigte. Die betroffenen Anbieter versuchen mit verschiedenen Maßnahmen Manipulationen zu verhindern. Wie gut das funktioniert, haben das Europäische Verbraucherzentrum (EVZ) und der Verein für Konsumenteninformation (VKI) getestet. Fazit: Ob ein gefälschter Kommentar veröffentlicht wird oder nicht, bleibt allein dem Zufall überlassen. Ein zuverlässiges Verfahren, falsche Einträge zu verhindern, gebe es bisher noch nicht. Einzige Möglichkeit, sich zu schützen: kritisch bleiben und Texte aufmerksam durchlesen. In der Regel sind falsche Einträge leicht zu erkennen.

Immer mehr Spam- und Betrugsmails

Dubiose Rechnungen, Mahnungen oder Datennachfragen – derzeit machen gefährliche Spam- und Betrugsmails den Konsumenten vermehrt das Leben schwer. Dr. Karin Hinteregger, Leiterin der AK-Konsumentenberatung, warnt: „Seien Sie vorsichtig bei E-Mails, deren Absender Sie nicht kennen. Öffnen Sie keine Anhänge und folgen Sie keinen Links. Oft werden so Daten ausspioniert oder gar Schadsoftware auf Ihren Computer geladen. Außerdem werden weder Ihre Bank noch Ihr Kreditinstitut Sie per E-Mail auffordern, Ihre Daten anzugeben. Am Besten löschen Sie solche Nachrichten sofort.“



Seien Sie vorsichtig bei Angeboten im Internet, die zu gut klingen um wahr zu sein – oft stecken Betrüger dahinter, die Ihre Gutgläubigkeit ausnutzen wollen.

Betrüger im Netz – Das sind ihre beliebtesten Maschen

Für Betrüger ist das Internet ein wahres Schlaraffenland. Immer wieder melden sich geschädigte Konsumenten bei der AK Vorarlberg, die bei Online-Geschäften übers Ohr gehauen wurden. Dr. Karin Hinteregger, Leiterin der AK-Konsumentenberatung, beschreibt hier die zwei häufigsten Vorgehensweisen.

Immer wieder wenden sich Personen an die Konsumentenberatung, welche über das Internet verschiedenste Gegenstände – angefangen von Handy über Musikinstrumente, Bilder, Autos und Vieles mehr – verkaufen wollten und übers Ohr gehauen wurden. Die Betroffenen wurden jeweils von einem ausländischen Käufer kontaktiert, der immenses Interesse an den angebotenen Gegenständen hatte. Der Kaufpreis spielte quasi keine

Rolle. „Die Scheckbetrüger erfanden ein Geschichtchen, weshalb sie per Scheck bezahlen mussten“, erläutert die Konsumentenberaterin. „Dem Verkäufer wurde suggeriert, dass er einen Scheck erhalten werde, welcher den Kaufpreis bei Weitem übersteigt. Er sollte schließlich diesen Scheck einlösen und nach Gutschrift auf seinem Konto dann auch noch den Spediteur bezahlen.“

Keine Schecks annehmen
Manche der Geschädigten haben diese Schecks bei ihrer Hausbank eingelöst. Dass dieser Eingang auf das Konto nur unter Vorbehalt erfolgte, war den Konsumenten zu der Zeit aber nicht bewusst. Außerdem wurde gutmütig Geld an den vermeintlichen Spediteur überwiesen. „Wochen später platzte der Scheck und die Konsumenten hatten noch Glück, wenn sie die verkaufte Ware noch bei sich hatten, weil sie dann wenigstens nur um den an den vermeintlichen Spediteur überwiesenen Betrag betrogen worden waren“, berichtet die Rechtsexpertin. Die Konsumentenberaterin

warnt eindrucklichst, sich auf solche Geschäfte einzulassen: „Nehmen Sie keine Schecks an! Lehnen Sie dies von vornherein – auch wenn der vermeintliche Käufer noch so eine gute Begründung dafür hat – schlichtweg ab.“

Der Treuhandbetrug
Der vermeintliche Verkäufer gibt meist einen Wohnsitz im Ausland an. Es handelt sich immer um attraktive Angebote, zum Beispiel besonders günstige Autos oder Motorräder. Der Betrüger wiegt sein Opfer in Sicherheit, wie Karin Hinteregger erläutert: „Der Verkäufer schlägt vor, das Geschäft über ein angeblich neutrales Speditions- beziehungsweise Logistikunternehmen abwickeln zu lassen. Dieses soll sowohl den Transport der Ware übernehmen als auch als Treuhänder dienen. Doch diese Unternehmen existieren in Wirklichkeit nicht, haben aber sehr oft professionell ausgestattete Websites, die die Bedenken der potentiellen Käufer zerstreuen sollen.“ Der Verkäufer verspricht, die Ware an das Speditionsunternehmen zu übergeben, sobald dieses mitteilt, dass der

Kaufpreis oder eine Anzahlung bei ihm eingelangt ist. Danach soll die Ware versendet werden.

„Das überwiesene Geld fließt direkt an den betrügerischen Verkäufer, der sich hinter der falschen Spedition verbirgt“, weiß die Konsumentenberaterin. Die erhoffte Ware erhalten die betrogenen Käufer nie.

Der Vorkasse Trick
„Auch bei dieser Betrugsmasche befinden sich die Verkäufer im Ausland und ersuchen um Vorüberweisung bei Western Union, internationaler Überweisung beziehungsweise auch Postanweisungen oder in letzter Zeit vermehrt auch Paysafe-Cards. Die Angebote sind immer auffallend günstig – sehr oft Elektronikartikel oder Gebrauchsgüter“, erzählt die Rechtsexpertin. Nach Überweisung erfolgt eine Hinhaltenakt, weshalb die Ware noch nicht eingelangt ist. Nach einigen Wochen reagiert der Verkäufer nicht mehr. „In beiden Fällen bleibt lediglich die Anzeige bei der Polizei. Das Geld ist wohl unwiederbringlich verloren“, so Hinteregger.

Sie haben was zu sagen?
Schreiben Sie uns Ihre Meinung zu einem Thema in dieser Ausgabe der AKtion per E-Mail an leserbrief@ak-vorarlberg.at.



Neue Richtlinien für mehr Schutz im Netz

Ab 13. Juni 2014 gilt das Verbraucherrechte-Richtlinie-Umsetzungsgesetz (VRUG). Damit wurden unter anderem die rechtlichen Rahmenbedingungen für Fernabsatz- und Haustürgeschäfte (Internet, Versandhandel) an die Vorgaben der EU angepasst. So sind die Unternehmen künftig verpflichtet, ihre Kunden ausführlich und in hervorgehobener Weise vor Vertragsabschluss über die wesentlichen Inhalte des Vertrags zu informieren. Ein „Button“ mit der Aufschrift „zahlungspflichtig bestellen“ soll außerdem den Konsumenten eindeutig darauf hinweisen, dass er eine Zahlungsverpflichtung eingeht. So sollen Kostenfallen im Internet vermieden werden. Für Konsumenten besonders erfreulich: Alle Telefonverträge die im Zusammenhang mit Gewinnzusagen oder Wett- und Lotterieleistungen stehen, sind nichtig, wenn sie vom Unternehmer eingeleitet wurden. Dabei muss es sich nicht mehr zwingend um sogenannte „Cold-Calls“ handeln.

Weitere Infos zum neuen Verbraucherrecht finden Sie hier:
bit.ly/verbraucherrecht_neu

Heizen im Sommer

Ist es kalt, muss der Vermieter einheizen

Im Mai machten die Eisheiligen ihrem Namen alle Ehre und es wurde noch einmal richtig kalt. Da stellt sich die Frage: Muss der Vermieter dann die Heizung anwerfen? Oder kann er das außerhalb der Heizperiode verweigern?

„Eine gesetzliche Heizperiode, außerhalb derer ein Vermieter jedenfalls nicht zu heizen hätte, kennt unser Mietrecht aus guten Gründen nicht“, erläutert Mag. Christoph Fink von der AK-Konsumentenberatung. „Die Eisheiligen haben bewiesen, dass es auch im Mai noch recht kalt sein kann.“ Unter Umständen kann also ein Vermieter auch in den üblicherweise wärmeren Monaten verpflichtet sein, die Heizanlage einzuschalten, denn ganz allgemein gilt: Ist der vereinbarte Gebrauch (mangels abweichender Vereinbarung ist dies die durchschnittliche Brauchbarkeit) der Wohnung nicht

mehr möglich, steht dem Mieter unter anderem ein Mietzinsminderungsanspruch zu.

Maßstab, ob eine Beeinträchtigung der Benutzbarkeit der Wohnung vorliegt, ist immer der Vertragszweck. Der Konsumentenberater erklärt: „Das Ausmaß des Mietzinsminderungsanspruches richtet sich nach dem Grad und der Dauer der Beeinträchtigung – also der zu kalten Wohnung. Ob es in der Mietwohnung zu kalt ist, muss daher im Einzelfall geprüft werden.“

Pauschale Temperaturangaben können daher nicht gemacht werden. „Es empfiehlt sich die geringe Raumtemperatur dem Vermieter unter Hinweis auf das Mietzinsminderungsrecht schriftlich anzuzeigen und die Außen- sowie Innentemperaturen zu dokumentieren“, rät Christoph Fink.

@ Weitere Infos und Fragen:
konsumentenschutz@ak-vorarlberg.at

Computer-Tipp

fre:ac



Bei diesem Programm handelt es sich um einen freien Audiokonverter und CD-Ripper. Das heißt, Sie können Ihre Audio-CDs in mp3-Dateien auf Ihre Festplatte rippen. Es unterstützt außerdem noch die Formate MP4/M4A, WMA, Ogg Vorbis, FLAC, AAC, WAV und Bonk. Außerdem kann fre:ac online über die freedb-Datenbank Titelinformationen abfragen und diese in der Datei mitabspeichern. Laden Sie sich das Programm von der Homepage des Herstellers herunter und installieren Sie es. Danach können Sie in den Optionen unter Allgemeine Einstellungen den Audiokodierer konfigurieren und die Standardsprache auf Deutsch umstellen. Wie immer ist auch fre:ac OpenSource und kann frei heruntergeladen und verwendet werden. Das Programm ist für Windows, Linux und OSX verfügbar.

Download:
www.freac.org

Windows 7 und Office 2010 kompakt

In nur sieben Wochen erwirbt man bei diesem Vormittagslehrgang umfassende Kenntnisse über Windows und das gesamte Office Paket. Neben den im Büroalltag wichtigsten Office-Modulen ist jetzt mit „Online Zusammenarbeit“ ein neues Modul enthalten. Dabei geht es um Bereiche wie Cloud Computing, Social Media und mobile Endgeräte. Durch die Prüfungen zum ECDL-Standard erlangen Sie ein europaweit anerkanntes Zertifikat, das Ihre Kompetenzen im Bereich Windows und Office bestätigt. Dieser Kurs beginnt am 7. Juli im AK-Bildungszentrum in Feldkirch.

i EDV:
Regina Knecht, 050/258-4030,
regina.knecht@ak-vorarlberg.at

Italienisch genießen: Intensivwoche I

Wer an Sommer denkt, denkt an Freizeit, Sonne, Schwimmen und Italien. In diesem einwöchigen Italienisch-Grundkurs können die Grundstrukturen dieser Sprache kennengelernt werden. Der Unterricht verläuft sehr abwechslungsreich. Mit Rollenspielen, Lernspielen, Musik, Lernpostern und gezielten Transferübungen bauen Sie Ihre Angst vor dem freien Sprechen ab und haben viel Spaß am Üben und Umsetzen des Gelernten. Der Kurs beginnt am 7. Juli im AK-Bildungszentrum in Feldkirch.

i Sprachen: Angelika Madlener, 050/258-4022, angelika.madlener@ak-vorarlberg.at

Souverän präsentieren und moderieren

Ursula Kremmel zeigt, wie man souverän, locker und mit persönlicher Ausstrahlung bei Auftritten punktet. Denn im beruflichen Alltag müssen wir unseren Standpunkt glaubwürdig und authentisch präsentieren. Sicherheit, persönliche Ausstrahlung und eine gezielte Vorbereitung sind die besten Voraussetzungen dafür. Der Kurs beginnt am 1. Juli im AK-Bildungszentrum in Feldkirch.

i Persönlichkeitsentwicklung:
Regina Knecht, 050/258-4030,
regina.knecht@ak-vorarlberg.at



Durchschnittlich geben betroffene Haushalte in Vorarlberg jährlich 735 Euro für die außerschulische Nachhilfe ihrer Kinder aus. Für viele eine starke finanzielle Belastung.

Einkommensschwache sind durch Nachhilfe stark belastet

Die aktuelle Nachhilfestudie zeigt klar: Förderunterricht und Ganztagschule entlasten die Eltern. Trotzdem ist die Lernbelastung im Vergleich zum Vorjahr gleich geblieben. Bundesweit bieten rund 40 Prozent der Schulen regelmäßig Förderunterricht an, in Vorarlberg ist es immerhin fast die Hälfte.

Die Eltern-Befragung vom Institut für empirische Sozialforschung (IFES) ergab, dass der Bedarf für Nachhilfe ungebrochen hoch ist. Ein Fünftel der Eltern gab an, bezahlte Nachhilfe in Anspruch zu nehmen, dieser Wert veränderte sich gegenüber 2013 nicht. „Fast jeder zweite Befragte sagt, aufgrund der schulischen Nachmittagsbetreuung sei keine Nachhilfe mehr notwendig. Dies muss unmittelbare Auswirkungen auf schulpolitische Handlungen haben“, fordert Gerhard Ouschan, Leiter der AK-Bildungspo-

litik, den Ausbau der verschränkten Ganztagsangebote.

Gestiegen ist jedoch die Inanspruchnahme unbezahlter Nachhilfe, weil viele Eltern sich schlichtweg keine bezahlte leisten können. „Mehr als die Hälfte der Eltern ist durch bezahlte Nachhilfe finanziell stark oder spürbar belastet. Das ist ein Alarmzeichen weit über schulische Belange hinaus.

Zudem wird Eltern von der Schule private Nachhilfe für ihre Kinder empfohlen, das ist bei den Kosten, die unser Schulsystem für den Steuerzahler sowieso schon verursacht, für mich nicht hinnehmbar“, empört sich Ouschan.

Tatsächlich bestätigten 17 Prozent der Eltern, dass ihnen von der Schule zur Nachhilfe für ihr Kind geraten wurde. Die Hälfte der Eltern befolgt diesen Rat, 37 Prozent davon mit bezahlter Nachhilfe. „Entweder für außerschulische Nachhilfe zahlen oder

den Schulerfolg der Kinder riskieren – das darf nicht sein“, sagt Ouschan.

Vorarlberg unrühmlicher Zweiter
Die Gesamtbelastung für Nachhilfe beläuft sich für die davon betroffenen Haushalte in Vorarlberg im Schnitt auf 735 Euro. Damit steht Vorarlberg nach Wien (920 Euro) auf einem unrühmlichen zweiten Platz. Insgesamt geben die Eltern bis Ende des laufenden Schuljahres sechs Millionen Euro für Nachhilfe aus. Österreichweit sind es rund 109 Millionen Euro. 64 Prozent der Vorarlberger Eltern lernen täglich oder mehrmals pro Woche mit ihren Kindern. In der Volksschule sind es sogar 90 Prozent. Erschreckend auch die Tatsache, dass bereits bei vier Prozent der Volksschüler in bezahlte Nachhilfe investiert werden muss.

„Wenn man bedenkt, dass 30 Prozent der Haushalte mit einem Einkommen bis 1600 Euro von der Schule

die Empfehlung erhalten, Nachhilfe zu organisieren, dann stellt das die Bildungsgerechtigkeit in Frage und beinhaltet sozialpolitischen Sprengstoff“, zeigt sich Gerhard Ouschan über die Entwicklung für einkommensschwache Familien besorgt.

Ein Lichtblick ist die Tatsache, dass dort wo Unterricht, Üben, Sport und Freizeit über den ganzen Tag verteilt sind, die Eltern seltener mit den Kindern lernen müssen. „Der Ausbau der Ganztagschulen ist unter strengen Qualitätskontrollen zu forcieren und die dafür vom Bund bereitgestellten finanziellen Mittel müssen auch tatsächlich eingesetzt werden“, so Ouschan. Die Schulfinanzierung solle sich mehr an der sozialen Lage der SchülerInnen orientieren. Es gebe genügend internationale, erfolgreiche Erfahrungen für eine indexbasierte Mittelverteilung. Die Regierung müsse das prüfen und ein Modell für Österreich entwickeln.

Schulpolitische Forderungen der AK Vorarlberg

Qualität im Mittelpunkt

- **Ganztägige Schulformen:** Wir benötigen Angebote, die die Handlungsfähigkeit der Kinder stärken und verbessern. Die Entwicklungen müssen sich an den Kompetenzen orientieren, die unsere Kinder auf dem Weg zum Erwachsenwerden benötigen. Also mehr als fachgebundenes, kognitives Wissenstraining. Erst dann entsteht ein Gesamtpaket aus kultureller, praktischer, sozialer und personaler Bildung. Deshalb fordert die AK Vorarlberg, dass jedes Kind in Vorarlberg Anspruch auf den ganztägigen Schulbesuch hat und diese Modelle müssen von ausgezeichneter Qualität sein, dann werden sie auch angenommen.
- **Förderung:** Ausbau hochwertiger Förderangebote
- **Mittelverteilung:** Neuausrichtung der Schulfinanzierung unter Berücksichtigung der Entwicklung einer qualitativen Schulautonomie. Eine indexbasierte Mittelverteilung soll mittelfristig sicherstellen, dass alle Kinder die gleichen Chancen erhalten unabhängig vom sozialen Status ihrer Familien. Dadurch können Schulen verstärkt auf diese Situationen reagieren, durch eine qualitative Autonomie die notwendigen Akzente setzen und Ressourcen bedarfsgerecht einsetzen. Die Regierung soll internationale Erfahrungen (zum Beispiel Holland) analysieren und ein Modell für Österreich entwickeln.
- **Aufwertung der Elementarpädagogik und frühen Bildungsjahre:** Je besser die pädagogisch-didaktische Qualität im Kindergarten und in der Volksschule, desto größer sind die Bildungschancen der Kinder. Und damit später auch die Chancen am Arbeitsmarkt und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

Mennel: „Schule und Unterricht verbessern“

Auch wenn Vorarlberg in einigen Details der Nachhilfestudie positiv über dem Ergebnis anderer Bundesländer liegt, darf das nicht darüber hinwegtäuschen, dass es Verbesserungspotenzial gibt.

Als Mitglied der Vorarlberger Landesregierung ist Landesrätin Dr. Bernadette Mennel für die Bereiche Bildung, Schule, Kindergärten und Sport im Ländle zuständig.

Die Aktion bat Mennel im Zusammenhang mit den vorliegenden Ergebnissen der Eltern-Befragung zum Nachhilfebedarf um ein Statement, welches die Sicht der Vorarlberger Schulpolitik spiegelt.

Landesrätin Bernadette Mennel: Es muss uns gelingen, Schule und Unterricht so zu verbessern, dass private



Bildungs-Landesrätin Bernadette Mennel

Nachhilfe gar nicht erst notwendig ist. Eine Grundvoraussetzung ist, dass wir alle Kinder möglichst früh erfassen, ihre Lernschwächen oder Leistungs-rückstände erkennen und dann ganz gezielt mit Förderung im Unterricht, Individualisierung oder zusätzlichen Förderstunden ansetzen.

Viele Schulen bieten bereits Förderprogramme an, diese gilt es auch zu nutzen. Auch die Stärkung der Frühpädagogik, die zusätzlichen Stunden im Volksschulbereich und der Ausbau ganztägiger Schulformen sind wirk-same Mittel.

Modulare Ausbildung für den Bereich Kinder- und Schülerbetreuung vom Land Vorarlberg und dem Gemeindeverband startet im Herbst in Schloss Hofen

Meilenstein: Neue Ausbildung für Kinderbetreuung erreicht

Vorarlberg erweitert das Angebot für Qualifizierung im Kinderbetreuungsbereich. Eine modulare Ausbildung soll den steigenden Personalbedarf decken. Start ist schon im September dieses Jahres.

Die AK Vorarlberg fordert schon seit mehreren Jahren, die Lücken in der Qualifizierung im Kinderbetreuungsbereich zu schließen. Nun sind das Land Vorarlberg und der Gemeindeverband dieser Forderung nachge-

weise Schülerbetreuung, davon verfügen aber weniger als die Hälfte über eine anerkannte Ausbildung. Mit ein Grund: Bisher wurde eine anerkannte Qualifizierung im Land nur in begrenztem Umfang angeboten.

Die Ausbildung gliedert sich in zwei Basismodule, einerseits der Grundlehrgang, andererseits das Spezialisierungs-Modul (Spielgruppen, Kinderbetreuungsassistent, Kindergartenassistent, Schülerbetreuung oder Tageseltern). Beide Module umfassen zu-



Ein neuer modularer und verschränkter Lehrgang soll die Qualifizierungslücken beim Personal der Kinder- und Schülerbetreuung schließen.

den Bereich Kinderbetreuung ist ein sehr guter Anfang“, sagt AK-Präsident Hubert Hämmerle „aber es gibt sicher noch bei einigen Dingen Verbesserungspotenzial.“ So müsse der Teilnehmer am Ende einer solch intensiven Ausbildung einen österreichweit anerkannten Ausbildungsgrad erreichen können. Auch sei die Trennung der vorschulischen Kinderbetreuung nicht nachvollziehbar und in den anderen Bundesländern auch nicht vorhanden.

„Wir brauchen eine Zusammenführung in der Elementarpädagogik und

der altersübergreifenden Betreuung von Vorschulkindern. Zudem muss man klare Regeln für die Anrechenbarkeit dieses Lehrgangs auf die Gehaltsschemen der verschiedenen Träger bis hin zum Gemeindebedienstetengesetz formulieren. Das brächte Sicherheit für die Arbeitnehmer und die Rechte und Pflichten wären für alle Seiten transparent“, so Hämmerle abschließend.

i Informationen: Schloss Hofen, Bettina Scherrer, 05574/4930-131, bettina.scherrer@schlosshofen.at



„Diese Ausbildung ist ein guter Anfang, aber es gibt in einigen Dingen sicher noch Verbesserungspotenzial.“

Hubert Hämmerle, AK-Präsident

kommen und bieten verschränkte und modulare Lehrgänge für Kinderbetreuung, Schülerbetreuung und Kindergartenassistent an.

Im Bereich der Elementarpädagogik ist die Ausbildung Sache des Bundes und an den Bildungsanstalten für Kindergartenpädagogik (BAKIP) angesiedelt. Die Betreuung von Kindern in Spielgruppen und ähnlichen Einrichtungen wird vom Land geregelt, dessen Richtlinien vorschreiben, dass in jeder dieser Einrichtungen eine Person mit anerkannter pädagogischer Ausbildung sein muss. Dazu zählen Kindergartenpädagoginnen, Lehrerinnen und Sozialpädagoginnen.

Anerkannte Ausbildung

Mehr als 1800 Menschen arbeiten im Ländle in der Kinder- beziehungs-

sammen 215 Unterrichtseinheiten. Für Personen, die nicht in einem der Spezialisierungsbereiche tätig sind, kommen noch 150 Praxiseinheiten hinzu.

215 weitere Unterrichtseinheiten im zweiten Aufbauomodul berechtigen zur Leitung einer Kinderbetreuungsgruppe. Beim letzten Modul, welches zur Leitung einer Kinderbetreuungseinrichtung befähigt, ist noch nicht ausformuliert, in welchem Umfang unterrichtet wird.

Klare Regeln

Ein Manko ist derzeit noch, dass es keine bundesweite oder länderübergreifende Anrechnung dieser Ausbildung gibt. Das heißt konkret, in einem anderen Bundesland kann man mit diesem Lehrgang beruflich nichts anfangen. „Dieses Ausbildungsangebot für

Betriebsbesuche im Rahmen des Arbeitnehmertages Koblach/Sulz

AK-Präsident besucht Ländle-Arbeitnehmer

Regelmäßig bekommt die AK Vorarlberg Besuch von Betriebsräten aus dem ganzen Land. Auch AK-Präsident Hubert Hämmerle ist immer wieder bei Arbeitnehmern vor Ort.

Im Rahmen der regelmäßig stattfindenden Arbeitnehmertage informiert sich AK-Präsident Hubert Hämmerle direkt in den Betrieben über die speziellen Herausforderungen und Lösungsansätze in verschiedenen Branchen und Regionen.

Dieses mal führte der Weg von Hämmerle nach Koblach und Sulz,

zu zwei sehr unterschiedlichen Unternehmen. Zum Einen stattete er dem Sportbekleidungs-Hersteller Skinfit in Koblach einen Besuch ab, bei dem er in einen spannenden Einblick in die Welt der Funktionsbekleidung werfen durfte. Zum Anderen waren beim Drivingcamp in Röthis alle Belange rund um Automobile und Verkehrssicherheit Thema.

Zu Besuch bei der AK Vorarlberg in Feldkirch waren die Betriebsräte des Sozialzentrums Josefsheim aus Hörbranz, um sich über das Angebot für Arbeitnehmervertreter zu informieren.



AK-Präsident Hubert Hämmerle mit den Beschäftigten des Drivingcamps Röthis.



Hämmerle beim Funktionswäsche-Spezialisten Skinfit in Koblach.



Betriebsräte des Sozialzentrum Hörbranz zu Besuch in der AK in Feldkirch.

Bildung im Sommer für alle Altersklassen

Der AK-Bildungssommer beflügelt Jung und Alt: Den „summer jam“ fanden viele Kids schon letztes Jahr „echt cool“, mit dem „Kursmix für Erwachsene“ setzt dieses Jahr das AK-Bildungszentrum weitere Akzente. Sämtliche Angebote für Erwachsene tragen in kleinen Details der Jahreszeit Rechnung. So findet der Großteil der Kurse am Vormittag statt, da bleibt der Nachmittag frei für typische Sommerunternehmungen; es geht nie vor 8.30 Uhr (oft erst um 9 Uhr) los – auf Morgenstress können wir im Sommer gerne verzichten. Gut drei Wochen vor Schulbeginn bietet das AK-Bildungszentrum für sechs- bis 14-jährige Schüler ein abwechslungsreiches Ferienprogramm an. Es beinhaltet neben einer Kreativwoche und EDV-Themen gezielte Vorbereitung für die Schule.



Privat oder beruflich, im Sommer kann man sich ganz entspannt weiterbilden.

i Sommerkurse 2014: Regina Knecht, 050/258-4030, regina.knecht@ak-vorarlberg.at und Angelika Madlener, 050/258-4022, angelika.madlener@ak-vorarlberg.at

Buchtipps

Wenn Bekanntes fremd und Unbekanntes vertraut wird

Pointierte Glosse, eleganter Essay, kulturkritische Polemik, selbstironische Erzählung: Karl-Markus Gauß, einer der größten Stilisten der Gegenwartsliteratur (Günther Kaindlstorfer), verfügt über viele Formen und Tonlagen. Der Welt-Alltag ist das unbekannte Terrain, das er seit dreißig Jahren literarisch erkundet, scharfsinnig, gelehrt und witzig. In dieser ersten Sammlung seiner kleinen Prosa erzählt er von den einfachen und den verwirrenden Dingen des Lebens, von den Verheißungen des Fortschritts und seinen eigenen Vorurteilen, von weltberühmten Medienfiguren und vergessenen Schriftstellern. Worüber er auch schreibt – über die Aufrüstung der Sexualität, die Abschaffung der Peinlichkeit, die Muttersprachen als Urgrund von Selbstbewusstsein, Phantasie und Revolte – stets überzeugt er mit der Originalität seiner Gedanken, der Eleganz seiner Sprache. In seinen wie mit leichter Hand verfertigten Feuilletons und seinen weitgespannten Essays wird das Bekannte fremd, das Unbekannte vertraut, und durch alle Kritik hindurch findet der Autor immer wieder zur Feier des alltäglichen Lebens, zum Lob der Sprache und zum Glück des Schreibens.

Karl-Markus Gauß
Lob der Sprache, Glück des Schreibens



Otto Müller-Verlag Salzburg, 123 Seiten, kartoniert, ISBN 978-3-7013-1214-6, 19 Euro

Die Vorarlberger Nachrichten laden zur dritten Kinder- und Jugendbuchmesse

Ein Festival für Leseratten: „Buch am Bach“ in Götzis

Theateraufführungen, Lesungen, Workshops – die dritte „Buch am Bach“ präsentiert sich gewohnt bunt und abwechslungsreich. Auch die AK-Bibliothek ist wieder vertreten und lädt zum Comiczeichnen.

Besucher der letztjährigen Buchmesse kennen Paul Eckschlager. Der Zeichner lässt sich am Stand der AK-Bibliothek auch heuer wieder bei der Arbeit über die Schulter schauen und zeigt den Besuchern der dritten „Buch am Bach“, wie man einen eigenen Comic zeichnet.

Paul Eckschlager begann bereits mit 13 Jahren Comics zu zeichnen. 2004 nahm er am Comicfestival Graz teil und zeichnete dort beim 24-Stunden-Comiczeichnen durch. Seit 2008 studiert er an der Kunstuniversität Linz im Bereich Malerei und Grafik. 2010 gewann er den Pentel Brush Pen Zeichenwettbewerb.

Auf dem größten Lesefestival in Vorarlberg werden über 3500 Neuerscheinungen von Kinder- und Jugendbüchern präsentiert. Zahlreiche Autoren lesen aus ihren Werken, wie zum Beispiel Gabathuler Alice, Pautsch Oliver, Ammerer Karin, Michael Stavaric und viele mehr. Theateraufführungen, zahlreiche Workshops sowie Buchpräsentationen von Schülern runden das umfangreiche Rahmenprogramm ab.

Buch am Bach

Die dritte Kinder- und Jugendbuchmesse findet vom 24. bis 26. Juni 2014 (jeweils von 9 bis 16 Uhr) in der Kulturbühne Ambach in Götzis statt. Der Eintritt ist frei.

 Weitere Infos zum Lesefestival:
www.vorarlbergernachrichten.at/buchambach



Wie zeichnet man einen Comic? Paul Eckschlager zeigt es euch auf der „Buch am Bach“.

Wir sind so zufrieden wie die Chinesen

Wie glücklich sind die Österreicher? Wie eine Studie des Washingtoner Gallup-Insituts ergab, liegen wir mit 76 Punkten gleichauf mit China, Irland, Mexiko, Frankreich, Mali, Usbekistan und Uruguay – und somit im oberen Mittelfeld. Am glücklichsten sind die Menschen in Paraguay mit 87 Punkten. Allgemein scheinen die Menschen in Lateinamerika zufrieden zu sein: Unter den ersten zehn Ländern sind neun aus Südamerika. Die unglücklichste Nation ist mit Abstand das kriegszerrüttete Syrien mit 36 Punkten.

Mehr Geld für Mobilität als Nahrung

Die Österreicher geben mehr Geld für Mobilität (14 Prozent des Budgets) aus als für Nahrung und Getränke (12 Prozent). Das ergab eine GfK-Umfrage im Auftrag von AutoScout24. Zwei Drittel erwarten sich, dass eine Autofahrt künftig gleich viel oder geringfügig mehr kostet als ein Zugticket. Nur neun Prozent würden unabhängig von den Kosten das Auto vorziehen.

Architekturwettbewerb „Vorarlberg Haus“: Mehr als 250.000 Euro darf es nicht kosten

VN und AK Vorarlberg suchen Ideen für günstigen Wohnbau

Günstig und hochwertig Bauen? Das muss möglich sein! Die Vorarlberger Nachrichten und die AK Vorarlberg haben daher einen Gestaltungswettbewerb für Architekten ins Leben gerufen.

Der mit 20.000 Euro dotierte Wettbewerb soll neue und vor allem umsetz-

bare Ideen im Wohnbau liefern – im technischen und baukünstlerischen Bereich genauso, wie in der Energieeffizienz. „Wir sind davon überzeugt, dass kreative Planer Vorschläge machen, die Bauen für Vorarlberger leistbar machen“, ist AK-Direktor Rainer Keckeis zuversichtlich. Denn er weiß: Wohnen ist im Ländle fast schon zum

Luxus geworden und wenn die Preise am Immobilienmarkt weiter ansteigen wie bisher, werden sich viele diesen Luxus nicht mehr leisten können.

Mit der neuen Wohnbauförderung wurde bereits ein erster Schritt in die richtige Richtung getan. Doch weitere müssen folgen. Zur Diskussion stehen nun die Bauvorschriften. Welche vom Vorarlberger Bauinstitut künftig umgesetzt werden, ist aber noch nicht klar. Auch wird sich zeigen, ob das Land mit den OIB-Richtlinien leben kann oder ob es eine eigene Vorarlberger Bauordnung braucht.

Die VN und die AK Vorarlberg suchen beim Wettbewerb nun Ideen für ein Ein- und auch Mehrfamilienhaus, die nicht mehr als 250.000 Euro kosten. Die Ergebnisse des Ideenwettbewerbs werden im September im Rahmen einer Ausstellung in der Arbeiterkammer in Feldkirch und einem VN-Extra vorgestellt.

Architektur Wettbewerb

VORARLBERG HAUS

Einfamilienhaus **Verdichtete Bauweise**



Sicherheitstipp

Arbeitszeiten in Krankenhäusern



Elisabeth Martin, 05574/78601

In den letzten Jahren wurde immer wieder in den Medien über das Krankenanstalten-Arbeitszeitgesetz (KA-AZG) debattiert, da die EU-Richtlinie kürzere Arbeitszeiten für Ärzte vorschreibt, als die österreichischen Richtlinien. Das Gesetz findet Anwendung in allgemeinen Krankenanstalten, Sonderkrankenanstalten, Pflegeanstalten für chronisch Kranke, Kuranstalten und ähnlichen Einrichtungen.

Grundsätze des KA-AZG:
Die Arbeitszeit ist die Zeit vom Dienstantritt bis zum Dienstende ohne die Ruhepausen. Die Tagesarbeitszeit beträgt grundsätzlich innerhalb eines ununterbrochenen Zeitraumes von 24 Stunden höchstens 13 Stunden. Die Wochenarbeitszeit beträgt, innerhalb des Zeitraumes von Montag bis einschließlich Sonntag durchschnittlich 48 Stunden, wobei der Durchrechnungszeitraum maximal 17 Wochen beträgt. In einzelnen Wochen des Durchrechnungszeitraumes kann die Wochenarbeitszeit bis zu 60 Stunden betragen. Durch Betriebsvereinbarungen kann der Durchrechnungszeitraum auf bis zu 26 Wochen ausgedehnt werden.

Verlängerter Dienst:
Bei Arbeitnehmer/innen, die während der Arbeitszeit nicht durchgehend in Anspruch genommen werden, kann durch eine Betriebsvereinbarung eine längere Arbeitszeit zugelassen werden. Seit 1. Jänner 2004 sind 6 verlängerte Dienste in einem Durchrechnungszeitraum von 17 Wochen zulässig. Eine durchgehende Arbeitszeit von mehr als 32 Stunden zählt als zwei verlängerte Dienste.

Durch Betriebsvereinbarungen sind folgende verlängerte Höchstgrenzen möglich:

- Bis zu 32 Stunden bei Ärzt/innen, Apotheker/innen und pharmazeutischen Hilfskräften. Bei einem verlängerten Dienst, der am Vormittag eines Samstages oder eines Tages vor einem Feiertag beginnt, sind 49 Stunden zulässig.
- Bis zu 25 Stunden für die übrigen Arbeitnehmer/innen,
- Durchschnittlich 60 Stunden Wochenarbeitszeit im Durchrechnungszeitraum von 17 Wochen,
- Bis zu 72 Stunden in einzelnen Wochen des Durchrechnungszeitraumes,
- Bis zu acht verlängerte Dienste.

 **Arbeitsinspektion Bregenz**
www.arbeitsinspektion.gv.at

Meine Meinung zum Thema

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

Name / Adresse

.....

.....

.....

.....

.....

Postgebühr
zahlt
Empfänger

An die
AK Vorarlberg
Redaktion AKtion
Widnau 2–4
6800 Feldkirch

Ihre Zuschriften werden belohnt

Ihre Meinung, bitte!

Eine lebendige Zeitung für alle Arbeitnehmer in Vorarlberg lebt vom Dialog. Ihre Meinung ist uns viel wert.

Die Rubrik „Leserforum“ auf Seite 2 steht ganz im Zeichen Ihrer Meinung und Anregungen. Schreiben Sie uns zu einem der Themenbereiche Arbeit, Bildung und Konsumentenschutz einen Leserbrief und gewinnen



Gewinnen Sie einen Aktivitäts- und Schlaf-Tracker „The One“!

Sie mit etwas Glück einen kabellosen Aktivitäts- und Schlaf-Tracker „The One“ von fitbit. Das Porto übernehmen wir, wenn Sie den Kupon links verwenden. Sie können uns aber auch eine E-Mail an leserbrief@ak-vorarlberg.at senden. Bitte beachten Sie: Anonyme Leserbriefe werden nicht veröffentlicht. Der Absender muss zumindest der Redaktion bekannt sein.

Hier einige Themen aus dieser Ausgabe der AKtion, zu denen uns Ihre Meinung besonders interessiert: die Arbeitszeitflexibilisierung (Seite 3), die Steuerbelastung (Seiten 6 und 7), der Gesetzesentwurf der EU für verpflichtende Herkunftsangaben (Seite 8), die Nachhilfestudie (Seite 10) und das neue Ausbildungsmodell für Kinderbetreuer (Seite 11).